

126

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

März 2023

Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023–2024

Robuster Arbeitsmarkt stützt Konjunktur

Sperrfrist: Donnerstag, 30. März 2023, 10:00 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

126

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

März 2023

Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023–2024

Robuster Arbeitsmarkt stützt Konjunktur

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Klaus Neusser

Michael Reiter

Felix Schröter

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

AutorInnen

Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Klaus Neusser, Michael Reiter, Felix Schröter, Klaus Weyerstraß

Titel

Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023–2024
Robuster Arbeitsmarkt stützt Konjunktur
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 126

Kontakt

Klaus Neusser

T +43 1 59991-125

E neusser@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer (Pressesprecherin)

T +43 1 59991-212

E gadringer@ihs.ac.at

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Die internationale Konjunktur	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länderprognosen.....	20
3	Die österreichische Außenwirtschaft.....	31
4	Perspektiven der Inlandskonjunktur.....	33
5	Monetäre Prognose	45
6	Tabellenanhang.....	49

Robuster Arbeitsmarkt stützt Konjunktur

Die Wirtschaftsleistung in Österreich stagniert seit der Jahresmitte 2022. Die von den Energiepreisen getriebene Inflation, die hohe Unsicherheit und die schwache internationale Nachfrage bremsen die heimische Konjunktur. Mit der anziehenden Weltkonjunktur und dem nachlassenden Preisdruck dürfte die österreichische Volkswirtschaft in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres wieder auf einen stabilen Wachstumspfad einschwenken. Somit erwartet das Institut für die Jahre 2023 und 2024 Wachstumsraten von 0,5 % bzw. 1,4 %. Im heurigen Jahr dürfte die Inflationsrate mit 7,5 % höher ausfallen als im Dezember erwartet. Im kommenden Jahr sollte der Preisanstieg auf 3,5 % zurückgehen. Mit rund 6,3 % wird die Arbeitslosenquote in den beiden Prognosejahren voraussichtlich niedrig bleiben. Vor dem Hintergrund der hohen Inflation und der zukünftigen Belastungen der öffentlichen Haushalte ist eine restriktive Fiskalpolitik dringend notwendig.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Getrieben vom Aufholprozess nach der Corona-Pandemie ist die österreichische Volkswirtschaft im vergangenen Jahr um 5,0 % gewachsen. Besonders kräftig expandierten die Exporte und der private Konsum, hingegen verzeichneten die Investitionen ein leichtes Minus. Nach der starken Expansion in der ersten Jahreshälfte stagnierte die Wirtschaftsleistung im restlichen Jahresverlauf. Hierbei drückten die von den Energiepreisen getriebene Rekordinflation sowie die ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen im Verein mit der hohen Unsicherheit über die weitere Entwicklung auf die heimische Volkswirtschaft. Das Institut geht davon aus, dass sich die konjunkturelle Schwächephase im ersten Halbjahr 2023 fortsetzt. Mit dem nachlassenden Preisdruck und dem leichten Anziehen der internationalen Konjunktur dürfte die heimische Wirtschaft ab dem Sommer wieder expandieren und auf einen stabilen Wachstumskurs zurückkehren. Somit erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2023 eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um 0,5 %. Im Jahr 2024 sollte sich das Wirtschaftswachstum auf 1,4 % beschleunigen.

Die Weltwirtschaft hat im Lauf des Jahres 2022 deutlich an Schwung verloren und legte zu Jahresende kaum zu. Bremsend wirkten der starke Anstieg der Energiepreise, die hohe Unsicherheit und die Straffung der Geldpolitik. Der private Konsum litt unter der hohen Inflation, die Anlageinvestitionen unter der Unsicherheit und den schlechteren Finanzierungsbedingungen. Die Lockdowns in China im vierten Quartal trugen maßgeblich zur weltweit nachlassenden Industrieproduktion bei. In den USA legte die Wirtschaft nach Rückgängen in der ersten Jahreshälfte im vierten Quartal um 0,7 %

gegenüber dem Vorquartal zu. Hingegen stagnierte die Wirtschaft im Euroraum nach einem Wachstum von 0,4 % im dritten Quartal. Die Indikatoren lassen eine nur sehr langsame Belebung der Weltkonjunktur erwarten. Die notwendige Straffung der Geldpolitik verschlechtert die Finanzierungsbedingungen für Haushalte und Unternehmen. Vor dem Hintergrund fallender Rohstoff- und Energiepreise hellte sich die Stimmung bei Haushalten und Unternehmen weltweit seit der Jahreswende etwas auf. Weiters haben sich die Lieferengpässe deutlich verringert. Der milde Winter und die aufgrund der hohen Preise geringe Nachfrage trugen zur Entspannung an den Energiemärkten bei. Wegen der fallenden Energiepreise und der strafferen Geldpolitik dürfte der Inflationsdruck langsam nachlassen. Insgesamt sollte sich die internationale Konjunktur annähernd so wie in der Winter-Prognose erwartet entwickeln. Die US-Wirtschaft dürfte im laufenden Jahr um 1,1 % und im kommenden Jahr um 1,3 % zulegen. Mit dem Wegfall der coronabedingten Einschränkungen sollte die chinesische Wirtschaft um 5,3 % bzw. 4,0 % wachsen. Aufgrund des kräftigen Aufholprozesses im ersten Halbjahr legte die Wirtschaft im Euroraum im Vorjahr um 3,5 % zu. Im laufenden Jahr dürfte das Wachstum 0,6 % betragen und sich im Jahr 2024 auf 1,5 % beschleunigen. Für die Weltwirtschaft werden Wachstumsraten von 2,6 % bzw. 2,9 % erwartet.

Im vergangenen Jahr hat der reale private Konsum in Österreich mit einer Zunahme um 4,2 % besonders stark von der Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen profitiert. Im laufenden Jahr dämpft die hartnäckig hohe Inflation weiterhin die Entwicklung der Realeinkommen und drückt auf die Konsumstimmung. Eine weitere Rücknahme der Sparquote auf 7,2 % sollte aber eine Zunahme des Konsums um 0,6 % erlauben. Mit den anziehenden Realeinkommen dürfte sich das Konsumwachstum im kommenden Jahr auf 1,8 % beschleunigen.

Die Investitionstätigkeit wird im Prognosezeitraum wohl schwach bleiben. Bereits im Vorjahr sind die Anlageinvestitionen um knapp 1 % gesunken. Bremsend wirkten die hohe Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine sowie insbesondere die kräftig gestiegenen Energiepreise. Die Straffung der Geldpolitik hat die Finanzierungskosten stark erhöht. Vor dem Hintergrund der verhaltenen internationalen Konjunktur wird im laufenden Jahr daher nur eine Stagnation der Ausrüstungsinvestitionen erwartet. Die hohen Baupreise und die deutlich gestiegenen Zinsen dürften zu einem Rückgang der Bauinvestitionen um 1,5 % führen. Mit der Erholung der Weltwirtschaft sollte sich das Investitionsklima im kommenden Jahr etwas aufhellen. Die Investitionen in Ausrüstungen könnten um 2,0 % zulegen und die Bauinvestitionen erstmals nach zwei Jahren nicht mehr fallen. Damit werden die Anlageinvestitionen im laufenden Jahr um 0,7 % zurückgehen und nächstes Jahr um 1,0 % zulegen.

Während die österreichische Exportwirtschaft im Vorjahr noch von einer recht kräftigen internationalen Nachfrage profitiert hat, werden die heimischen Exportmärkte im Einklang mit der Entwicklung des Welthandels im laufenden Jahr nur wenig expandieren. Die Warenexporte dürften damit nur um 1,0 % zulegen. Im kommenden Jahr könnte sich das Wachstum auf 3,0 % beschleunigen. Beim Reiseverkehr dürfte sich der Aufholprozess nach der Corona-Pandemie mit etwas verlangsamten Tempo fortsetzen. Somit werden die Gesamtexporte laut VGR im Prognosezeitraum voraussichtlich um 1,7 % bzw. 3,2 % ansteigen. Laut Prognose steigen die Gesamtimporte laut VGR um 1,1 % bzw. 3,2 %. Von der Außenwirtschaft dürfte somit ein geringer positiver Wachstumsbeitrag ausgehen.

Getrieben von den Energiepreisen betrug die Inflationsrate im Durchschnitt des vergangenen Jahres 8,6 %. Im Jahresverlauf hat sich die Inflation deutlich beschleunigt und an Breite (etwa Nahrungsmittel, Gastronomie) gewonnen. Während sich der Preisauftrieb im Euroraum zur Jahreswende aufgrund nachlassender Energiepreise merklich verlangsamt hat, betrug die heimische Inflation in den ersten beiden Monaten noch rund 11 %. Die Entwicklung der Energiepreise erklärt ein gutes Drittel des Differenzials zum Euroraum, bedenklich ist die Entwicklung der Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel). So sind etwa die Preise im Bereich Restaurants/Gaststätten um mehr als 13 % angestiegen. Aufgrund der Basiseffekte sollte der Preisanstieg ab März merklich zurückgehen. Die rückläufigen internationalen Energie- und Rohstoffpreise sowie die Entspannung bei den globalen Lieferketten stellen inflationsdämpfende Faktoren dar. Dem wirken Zweitrundeneffekte und steigende Lohnstückkosten entgegen. Relativ gesehen werden die Dienstleistungspreise an Bedeutung gewinnen. Ausgehend von den hohen Werten zu Jahresbeginn muss die Inflationsprognose für den Jahresdurchschnitt 2023 auf 7,5 % angehoben werden. Im Jahresschnitt 2024 wird die Inflationsrate voraussichtlich auf 3,5 % zurückgehen.

Das Institut geht davon aus, dass die Konjunkturschwäche kaum Spuren am Arbeitsmarkt hinterlässt. In den beiden Prognosejahren dürfte die Beschäftigung jeweils um rund 1 % zulegen und die Arbeitslosenquote auf rund 6,3 % verharren. Die Zahl der offenen Stellen wird vermutlich merklich sinken. Die Arbeitsmarktprognose fällt damit noch etwas optimistischer als im Dezember aus. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sollten, neben der notwendigen Aus- und Weiterbildung, Maßnahmen zur Stärkung des Arbeitskräftepotenzials (etwa Integrationsmaßnahmen, Anreize zum längeren Arbeiten, gesundheitliche Prävention, Vereinbarkeit Beruf und Familie usw.) ausgebaut werden.

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich aufgrund der Krisen der letzten Jahre merklich verschlechtert. Trotz des starken Wachstums und des allmählichen Wegfalls der staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen betrug das gesamtstaatliche Defizit im Vorjahr

voraussichtlich gut 3 % des BIP. Für das laufende Jahr erwartet das Institut eine Defizitquote von 2,9 %. Aufgrund der guten nominellen Wirtschaftsentwicklung legen die Steuereinnahmen zu, allerdings führt die hohe Inflation etwas verzögert zu steigenden staatlichen Ausgaben, etwa für Lohn- und Gehaltszahlungen oder für die Valorisierung der Sozialausgaben. Für das Jahr 2024 wird gegenwärtig von einem Defizit von 2,3 % des BIP ausgegangen. Das Institut sieht den weiterhin expansiven Charakter der Fiskalpolitik vor dem Hintergrund der hartnäckigen Inflation kritisch. Eine nachhaltige Budgetkonsolidierung ist notwendig, um Spielräume für die Finanzierung der künftigen Ausgaben für den demografischen Wandel, für steigende Zinszahlungen und für die Erreichung der Klimaziele zu schaffen.

Die Prognose ist mit hohen Unsicherheiten behaftet, wobei die Abwärtsrisiken weiterhin dominieren. Das größte Risiko dürfte gegenwärtig von der hartnäckigen Inflation ausgehen. Zu deren Bekämpfung könnte eine noch stärkere Straffung der Geldpolitik notwendig werden. Dies würde die Konjunktur dämpfen und die Risiken für die Stabilität der Finanzmärkte erhöhen. So wurden in den Vereinigten Staaten einige kleinere bzw. mittlere von Insolvenz bedrohte Banken unter die Kontrolle der Aufsichtsbehörde gestellt und in der Schweiz musste die Credit Suisse durch eine Übernahme durch die UBS gerettet werden. Gegenwärtig geht das Institut aber davon aus, dass vor dem Hintergrund der stärkeren Regulierung kein systemisches Risiko auftritt und es nicht zu einer Bankenkrise kommt. Dafür spricht auch, dass die Ursache für die Bankprobleme nicht notleidende Kredite sind. Ein weiteres Risiko geht von den in einigen Ländern fallenden Immobilienpreisen aus. Der milde Winter und die Einsparungen beim Energieverbrauch haben zwar dazu geführt, dass es zur Jahreswende 2022/23 nicht zu einer Rezession im Euroraum gekommen ist, allerdings stellt die Sicherung der Energieversorgung weiterhin ein Risiko für die Prognose dar. Stark steigende Energiepreise, etwa ausgelöst durch eine Eskalation des Kriegs gegen die Ukraine, im Verein mit einem kalten Winter würden die Konjunktur in Europa wohl merklich verlangsamen.

Auch für die heimische Wirtschaft dominieren die Abwärtsrisiken. Persistente Inflationsdifferenziale zu den Handelspartnern gefährden über höhere Lohnabschlüsse die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen. Die deutlich höheren Baupreise und die gestiegenen Finanzierungskosten könnten die Bauinvestitionen einbrechen lassen. Trotz der hohen Speicherstände würde ein starker Anstieg der Gaspreise im Falle eines strengen Winters wohl die Wirtschaftsleistung zur Jahreswende 2023/24 dämpfen. Ein stärkerer Rückgang der Inflation würde hingegen die Wirtschaft beleben.

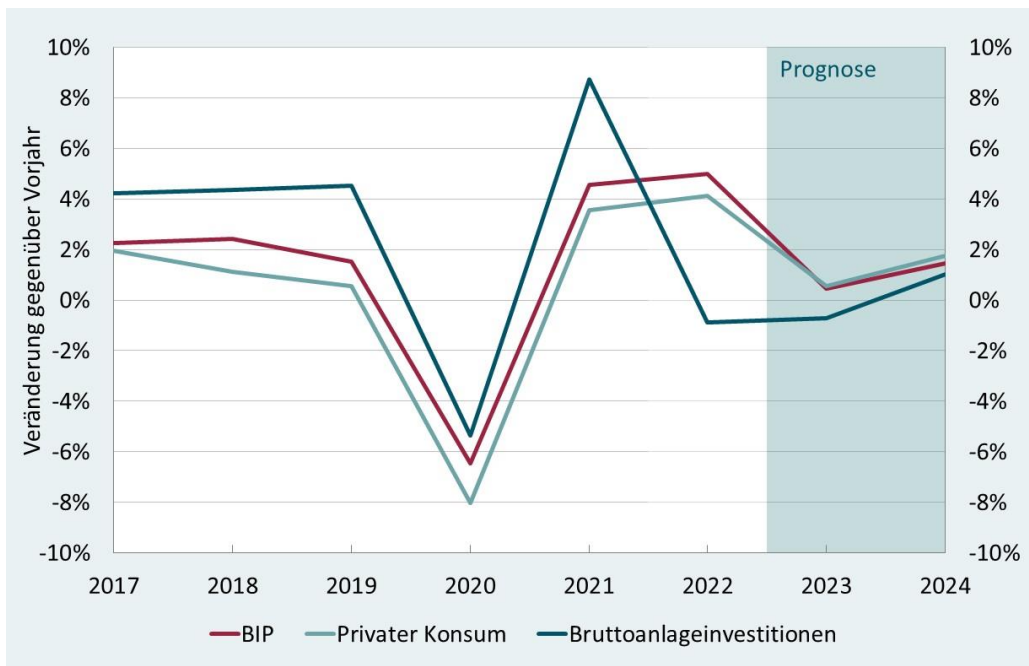
Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt, real	5,0	0,5	1,4
Privater Konsum, real	4,1	0,6	1,8
Bruttoinvestitionen, real	-2,0	0,1	2,1
Bruttoanlageinvestitionen, real	-0,9	-0,7	1,0
Ausrüstungsinvestitionen, real	-0,8	0,0	2,0
Bauinvestitionen, real	-1,0	-1,5	0,0
Inlandsnachfrage, real	2,0	0,1	1,3
Exporte i.w.S., real	11,1	1,7	3,2
Waren, real (laut VGR)	7,5	1,0	3,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	86,9	14,0	6,0
Importe i.w.S., real	5,7	1,1	3,2
Waren, real (laut VGR)	2,8	0,7	3,3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	44,6	10,0	2,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	3,0	1,0	0,9
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	6,3	6,3	6,2
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	4,8	4,9	4,8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	4,5	7,5	6,3
Preisindex des BIP	5,0	6,4	3,7
Verbraucherpreisindex	8,6	7,5	3,5
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	-3,1	-2,9	-2,3
3-Monats-Euribor ⁱ	0,3	3,6	3,9
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	1,7	3,4	3,7

ⁱabsolute Werte

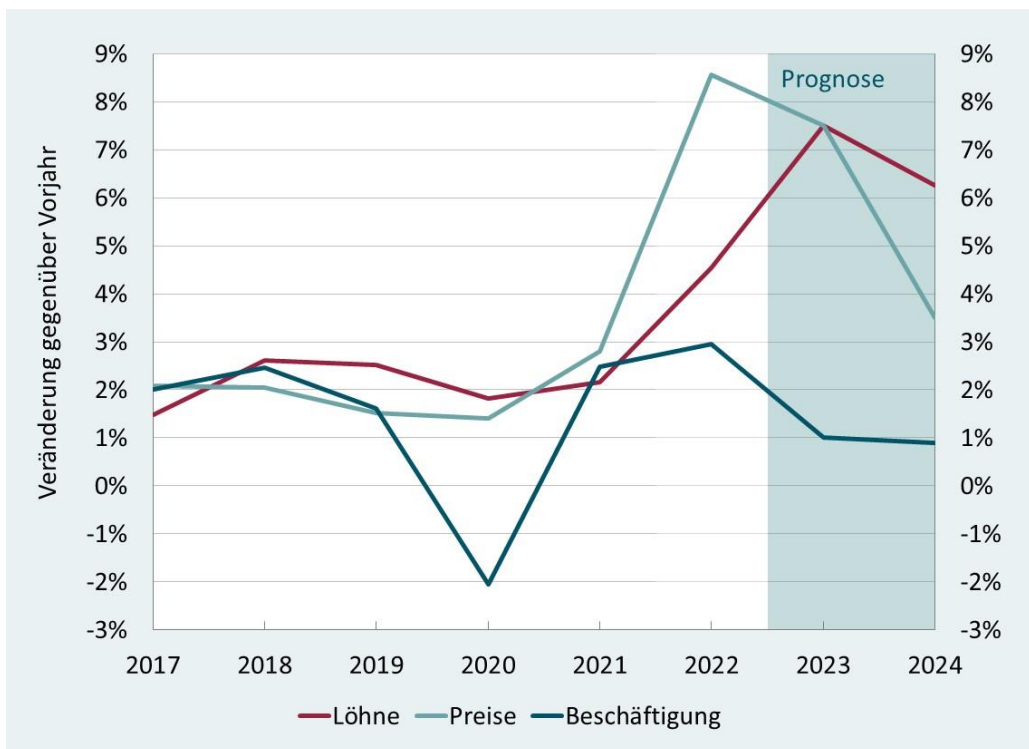
Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



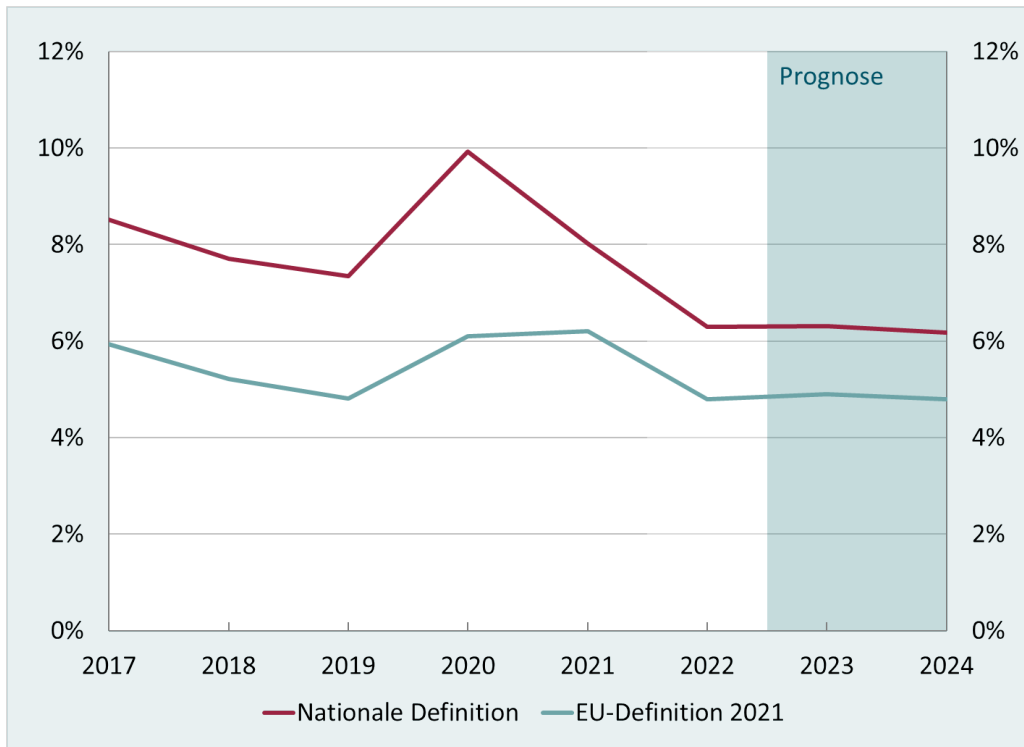
Quellen: Statistik Austria, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



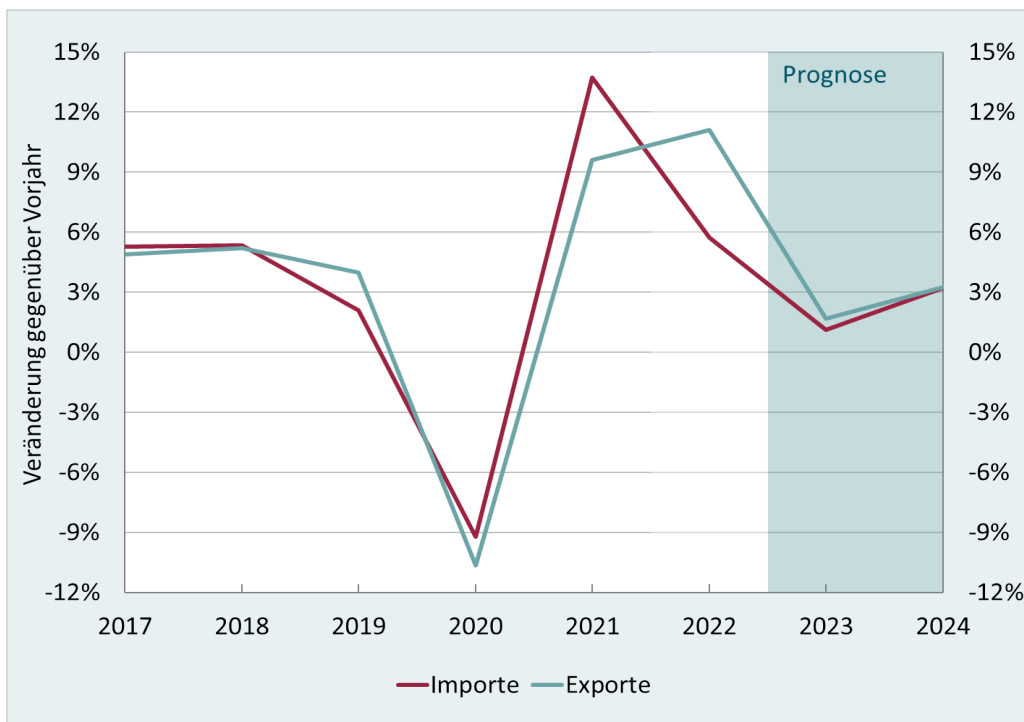
Quellen: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



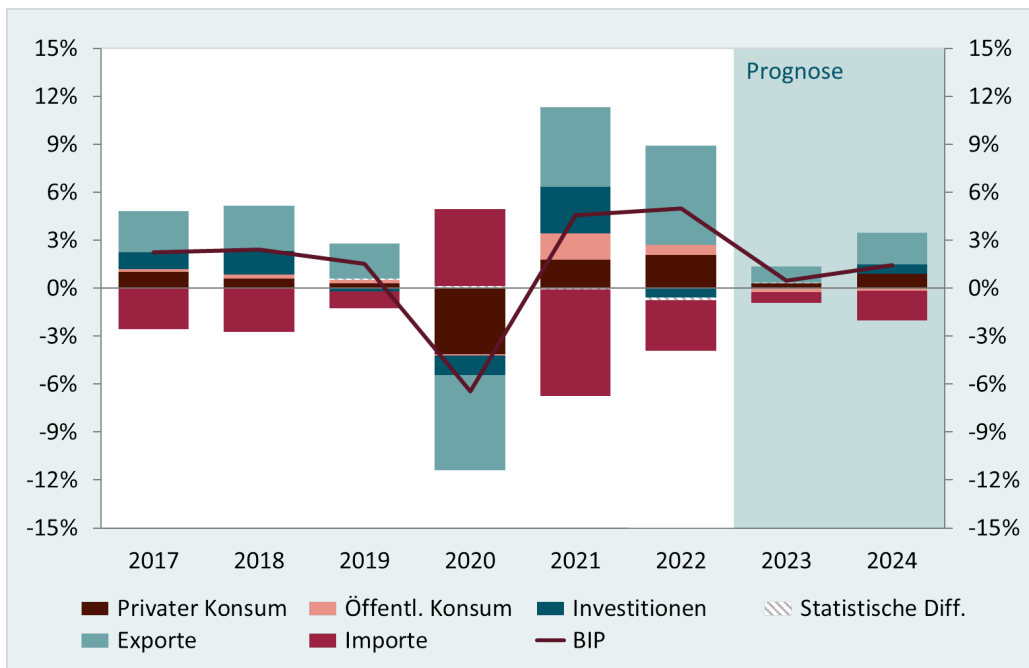
Quellen: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i.w.S.) und Exporte (i.w.S.)



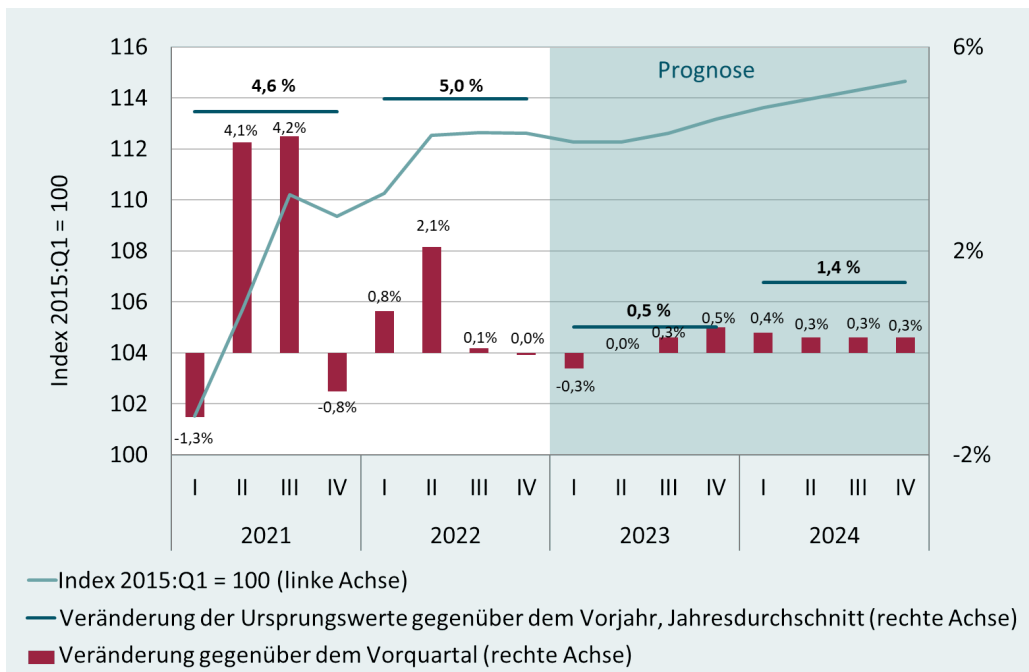
Quellen: Statistik Austria, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2023 Prognose des IHS

**Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt
saison- und kalenderbereinigter Verlauf**



Quellen: Statistik Austria, ab 1. Quartal 2023 Prognose des IHS

2 Die internationale Konjunktur

2.1 Überblick

Die **Weltwirtschaft** befindet sich im Frühjahr 2023 weiterhin in einer Schwächephase. In vielen Ländern lastet die hohe Inflation auf den Realeinkommen der privaten Haushalte. Darüber hinaus bremsen die steigenden Zinsen die Investitionstätigkeit. Mit den Zinssteigerungen sind auch Finanzmarktrisiken verbunden, wie die Probleme einiger kleinerer und mittlerer US-Banken und die Turbulenzen im Zusammenhang mit der Schweizer Großbank Credit Suisse gezeigt haben. Die Probleme bei diesen Banken wurden zwar durch spezifische Faktoren verursacht, aber sie haben die generelle Anfälligkeit des weltweiten Finanzsystems in den Blickpunkt der Finanzmärkte gerückt. Steigende Renditen von Staatsanleihen führen zu einer Verringerung der Kurse dieser Anleihen, was sich negativ auf die Aktiva von Banken auswirkt, die diese Papiere in ihren Bilanzen halten. Höhere Zinsen in als sicher wahrgenommenen Märkten wie den USA ziehen darüber hinaus oft Kapitalabflüsse aus Schwellenländern nach sich. Gestützt wird die Weltwirtschaft durch die Öffnung der chinesischen Volkswirtschaft nach dem Ende der Null-Covid-Politik sowie durch die weitgehende Normalisierung der globalen Lieferketten. Zudem sind in vielen Ländern die Arbeitsmärkte robust. Im vierten Quartal hat die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung in China, dem Vereinigten Königreich, dem Euroraum und der gesamten EU in etwa stagniert. Dass die Produktion in der EU nicht einbrach, ist dem deutlichen Rückgang der Erdöl- und Erdgaspreise und dem Ausbleiben einer Gasmangellage zu verdanken.

Die Belastungsfaktoren machten sich auch in der globalen Industrieproduktion und dem Warenhandel bemerkbar. Die hohen Energiepreise führten vor allem in Europa zu Produktionseinschränkungen in den energieintensiven Industriezweigen. Laut Daten des niederländischen Instituts CPB ging die Industrieproduktion im vierten Quartal um 0,8 % zurück, womit sie in der zweiten Jahreshälfte in etwa stagnierte. Im Schlussquartal war vor allem die industrielle Erzeugung in Asien rückläufig. Ein wesentlicher Grund dafür waren wohl die Auswirkungen der Corona-Politik in China. Dort führten zunächst die strikten Eindämmungsmaßnahmen und nach ihrer abrupten Aufhebung eine massive Welle von Krankenständen zu realwirtschaftlichen Beeinträchtigungen. Daneben sank auch in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern die Industrieproduktion. Der Welthandel ging im vierten Quartal um 2,1 % zurück. Da er sich das gesamte Jahr hindurch schwach entwickelte, ging der jahresdurchschnittliche Zuwachs von 10,3 % im Jahr 2022 auf 3,2 % zurück. Analog zur Industrieproduktion war zum Jahresende auch der grenzüberschreitende Warenhandel in Asien besonders schwach.

Die Inflation ist weiterhin hoch, dürfte aber in den meisten Ländern den Höhepunkt überschritten haben. Im Aggregat der OECD-Länder stiegen die Verbraucherpreise im Jänner 2023 um 9,2 %. Das Maximum war im Oktober mit 10,7 % verzeichnet worden. Deutlich sichtbar ist die Disinflation in den USA, wo die Teuerungsrate im Februar 6,0 % erreichte, nach einem Höhepunkt von 9,0 % im vergangenen Juni. In Europa erfolgt der Rückgang der Inflation bisher langsamer. In der EU stiegen die Verbraucherpreise im Februar um 9,9 %, nach einem Höhepunkt von 11,5 % im Oktober. Innerhalb der EU verzeichnen Ungarn mit mehr als 25 % und die baltischen Staaten mit rund 20 % nach wie vor die höchsten Inflationsraten. Außerhalb Europas steigen die Preise in Argentinien mit rund 100 % und in der Türkei mit rund 60 % besonders stark. Haupttreiber sind nach wie vor die Preise für Energie und Nahrungsmittel. Vielerorts, so auch in der EU, steigen die Nahrungsmittelpreise inzwischen sogar stärker als die Energiepreise.

Die Kerninflation (ohne die Energie- und Nahrungsmittelpreise) geht nur langsam zurück. Sie betrug im Februar in den USA 5,5 %, wobei hier mit 6,6 % im vergangenen September der Höhepunkt erreicht wurde. In der EU hingegen stieg die Kerninflation bis zuletzt und erreichte im Februar 6,6 %. Angesichts der in den meisten Industrieländern niedrigen Arbeitslosigkeit und der in vielen Bereichen hohen Nachfrage nach Fachkräften haben die Löhne vielfach kräftig angezogen. Zudem werden die gestiegenen Kosten für Energie und Vorprodukte mehr und mehr an die VerbraucherInnen weitergereicht. Dazu dürfte beitragen, dass die Nachfrage durch staatliche Transfers an private Haushalte gestützt wird.

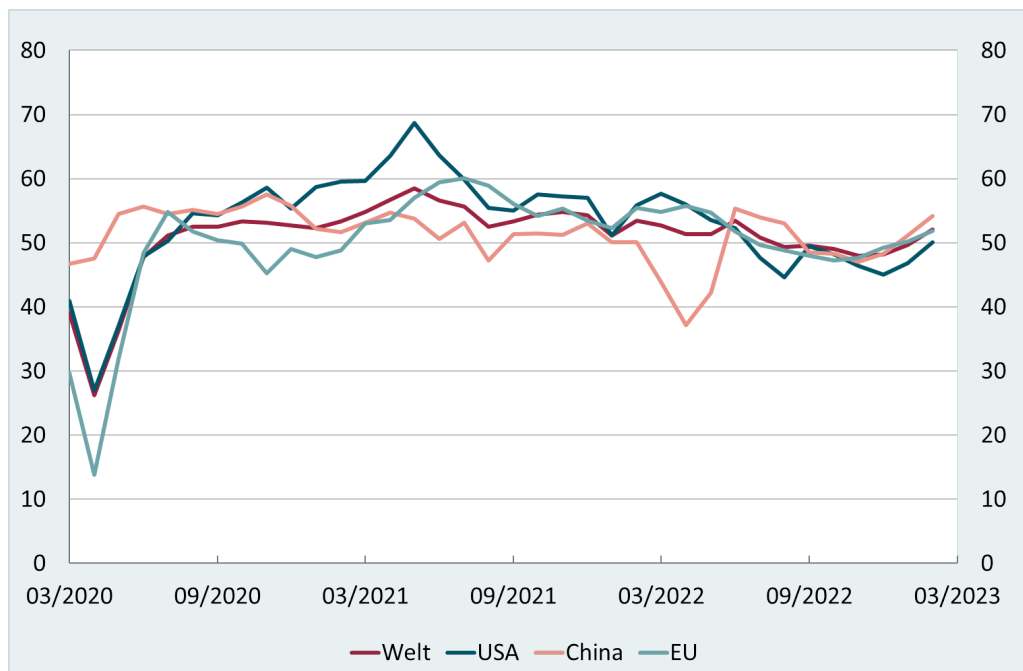
Die Preise für Erdöl und Erdgas haben in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres deutlich nachgegeben. So pendelte der Preis für ein Barrel der Nordseeölsorte Brent seit Dezember zwischen 80 und 85 US-Dollar, nachdem er im November bei knapp 100 US-Dollar gelegen hatte. Mitte März hat er dann innerhalb einer Woche um rund 10 US-Dollar nachgegeben, was Ausdruck der Konjunktursorgen im Zusammenhang mit den Bankenproblemen in den USA und der Schweiz gewesen sein dürfte. Auf Basis der Notierungen an den Terminmärkten liegt der Prognose die Annahme zugrunde, dass der Ölpreis im Durchschnitt des laufenden Jahres 82 und im kommenden Jahr 77 US-Dollar je Barrel betragen wird. Erdgas zur Lieferung in einem Monat kostete Mitte März am niederländischen Knotenpunkt TTF unter 45 Euro je MWh, nachdem der Preis im vergangenen Sommer zeitweise bei mehr als 300 Euro je MWh gelegen hatte. Angesichts des milden Winters und der Einsparungen von Haushalten und Unternehmen sind die Füllstände der Gasspeicher höher als im vergangenen Herbst befürchtet. Ein Teil der Verbrauchsreduktion geht allerdings auf Produktionseinschränkungen in der Industrie zurück, was die Konjunktur im vierten Quartal belastete. Die Frachtraten im Seegüterverkehr sinken schon seit dem vergangenen Sommer, sie haben sich

mittlerweile wieder annähernd normalisiert. Allerdings sind in den vergangenen Wochen die Preise für manche Industrierohstoffe wie Eisenerz wieder leicht gestiegen.

Nachdem der Euro im Verlauf des vergangenen Jahres gegenüber dem US-Dollar recht deutlich abgewertet hatte, pendelt der Wechselkurs seit Beginn des heurigen Jahres in einem Korridor zwischen 1,05 und 1,10 US-Dollar je Euro. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass der Wechselkurs im heurigen und im kommenden Jahr jeweils 1,08 USD/EUR im Jahresdurchschnitt betragen wird.

Frühindikatoren wie die Einkaufsmanagerindizes (Abbildung 7) signalisieren, dass die Schwächephase der Weltwirtschaft im Frühjahr anhält und nur langsam überwunden wird. Unter der Annahme, dass der Krieg gegen die Ukraine andauert, aber nicht auf andere Länder übergreift, dürfte sich die Weltkonjunktur allmählich beleben. Hinsichtlich der Gasverfügbarkeit in Europa wird die Annahme getroffen, dass es gelingt, auch über den Herbst 2023 hinaus die Versorgung über Pipelines und mit verflüssigtem Gas (LNG) sicherzustellen. Da die Inflation nur langsam zurückgeht und die staatlichen Transfers auslaufen, dürften sich die Realeinkommen und damit der private Konsum nur wenig beleben. Die Investitionen werden durch die Zinssteigerungen gebremst. Die Geldpolitik wird in den großen weltwirtschaftlichen Ländern und Regionen wohl weiter gestrafft. Zudem dürfte die Unsicherheit, vor allem hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Kriegs gegen die Ukraine, hoch bleiben. Stützend wirkt die weitgehende Normalisierung der globalen Lieferketten.

Abbildung 7: Einkaufsmanagerindizes in ausgewählten Ländern und Regionen



Quelle: Refinitiv Datastream

Der Welthandel dürfte schwach in das Jahr 2023 gestartet sein, worauf etwa der RWI/ISL-Containerumschlag-Index hindeutet. Nachdem im vierten Quartal vor allem in Asien der Außenhandel schwach war, ging nunmehr der Containerumschlag vor allem in den europäischen Häfen zurück. Für den Durchschnitt des laufenden Jahres erwartet das Institut ein Wachstum des Welthandels um 1,3 % und für das kommende Jahr eine Zunahme um 3,7 %.

Im **Euroraum** stagnierte das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal, nachdem es im dritten Quartal um 0,4 % gestiegen war. Zum Jahresende entwickelten sich nur der Staatskonsum und die Warenexporte positiv. Besonders stark rückläufig waren die Anlageinvestitionen und die Dienstleistungsimporte. Auch der private Konsum und, wegen der schwachen Inlandsnachfrage, die Warenimporte gingen zurück. Unter den vier größten Mitgliedsländern verzeichnete Deutschland mit 0,4 % den stärksten Rückgang. In Italien ging das Bruttoinlandsprodukt leicht zurück, in Frankreich und Spanien stieg es leicht. Im Jahresdurchschnitt nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum um 3,5 % zu.

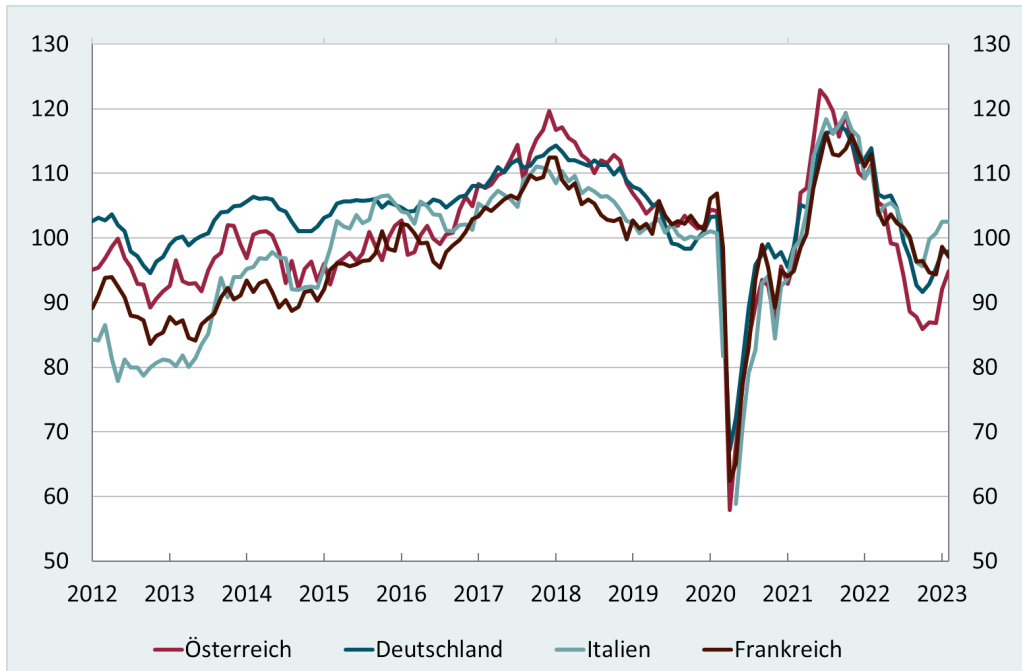
Der Arbeitsmarkt ist weiterhin robust. Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich im vierten Quartal, ebenso wie im dritten, um 0,3 %. Die Zahl der Arbeitsstunden übertraf im vierten Quartal den Stand aus dem Sommer um 0,4 %, nachdem sie im dritten Quartal um 0,1 % gesunken war. Die Arbeitslosenquote hatte im Oktober mit 6,6 % ihren historischen Tiefstand seit Bestehen der Währungsunion erreicht und beläuft sich seit November auf 6,7 %.

Die Inflation betrug im Euroraum im Februar 8,5 %. Den Höhepunkt hatte sie im vergangenen Oktober mit 10,6 % erreicht. Unter den Mitgliedsländern reichte die Bandbreite von 4,8 % in Luxemburg bis 20,1 % in Lettland. Auch im Februar waren die Nahrungsmittel- und die Energiepreise die Hauptinflationstreiber. Dabei geht bei den Energiepreisen die Inflation inzwischen deutlich zurück. Waren die Preise für Energie im September noch um 40,5 % gestiegen, betrug der Preisauftrieb im Februar 13,7 %. Dagegen steigen die Lebensmittelpreise immer stärker, zuletzt um 15,0 %. Auch die Kernrate zieht immer stärker an, im Februar betrug sie 5,6 %.

Die Stimmung im Euroraum, gemessen etwa anhand des Index der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI), hat sich seit Jahresbeginn etwas aufgehellt (Abbildung 8). Die Stimmungsindikatoren befinden sich aber noch immer auf niedrigen Niveaus. Daher ist nur eine zögerliche Konjunkturerholung zu erwarten. Zwar geht die Inflation allmählich zurück und die Arbeitsmärkte sind stabil, aber der Rückgang der Teuerung erfolgt nur langsam, sodass sich die Realeinkommen schwach entwickeln. Außerdem drücken die steigenden Zinsen und die hohe Unsicherheit weiterhin auf die Investitionstätigkeit. Gleichwohl dürfte der Inflationsrückgang im späteren Verlauf des Prognosezeitraums

zusammen mit der Belebung der Weltwirtschaft auch die Konjunktur im Euroraum stützen.

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Anmerkung: Für Italien wird für April 2020 kein Wert ausgewiesen.

Quellen: Europäische Kommission, Refinitiv Datastream

Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in den beiden Prognosejahren nur um 0,6 % bzw. 1,5 % steigen wird (Tabelle 2). Die Arbeitslosenquote sollte sich kaum ändern. Die Inflation dürfte langsam zurückgehen, aber erst im Verlauf des Jahres 2024 dem Zielwert der EZB von 2 % nahekommen.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2022	2023	2024
BIP-Wachstum	3,5	0,6	1,5
Arbeitslosenquote	6,7	6,9	6,9
Inflation HVPI	8,4	5,6	2,5

Quellen: Prognose des IHS auf Basis von Daten von Eurostat

Nach wie vor gehen erhebliche Risiken vom Krieg gegen die Ukraine aus. Auch wenn im Frühjahr 2023 die Gasspeicher gut gefüllt sind, ist eine Gasmangellage in Europa im kommenden Winter nicht ausgeschlossen, auch weil nach Daten von Bruegel aktuell (Ende März 2023) immerhin rund 14 % der europäischen Erdgasimporte aus Russland

kommen. Zudem dürfte mit der anziehenden Konjunktur in Asien die weltweite Nachfrage nach Erdgas steigen. Damit ist die Gefahr verbunden, dass in Europa im kommenden Winter Erdgas nur zu sehr hohen Kosten verfügbar sein wird, was negativ auf die Konjunktur wirken würde, zumal die gestiegenen öffentlichen Schuldenstände den Spielraum für immer neue staatliche Transfers begrenzen. Auf der anderen Seite könnte der Gaspreis aber auch dauerhaft niedriger als im vergangenen Jahr sein, wenn der Gasverbrauch in Europa in den nächsten Monaten weiter verringert wird.

Die Bankenprobleme in den USA und in der Schweiz im März haben deutlich gemacht, dass der starke Anstieg der Zinsen erhebliche weltwirtschaftliche Risiken mit sich bringt. Selbst wenn es nicht zu einer weltweiten Finanzkrise kommt, birgt der Zinsanstieg Risiken, etwa für die öffentlichen Haushalte der Staaten mit hohen Schuldenständen, die bei steigenden Renditen einen immer größeren Teil ihrer Budgets für den Schuldendienst aufwenden müssen. Dies könnte auch zu einer neuerlichen Ausweitung der Risikoprämien führen. Für einige Schwellenländer besteht die Gefahr einer Umlenkung internationaler Kapitalströme in Richtung der Industrieländer mit ihren wieder höheren Renditen und geringeren Ausfallrisiken. Sollten die Inflationserwartungen nicht rasch wieder im Einklang mit den Inflationszielen stehen, könnten sich die Notenbanken gezwungen sehen, die Zinsen noch stärker als bisher geplant anzuheben. Falls sich die Unsicherheit schnell zurückbilden sollte oder die Energiepreise stärker als erwartet sinken, könnte dies hingegen die Konsum- und Investitionsbereitschaft heben.

2.2 Länderprognosen

Das Wirtschaftswachstum der **Vereinigten Staaten** hat sich im letzten Jahr auf 2,1 % verlangsamt. Im unterjährigen Verlauf zeigte sich im zweiten Halbjahr eine Stabilisierung, nach einem schwachen Start im Frühjahr. Im vierten Quartal betrug der BIP-Zuwachs 0,7 % gegenüber dem Vorquartal. Der private Konsum entwickelte sich robust, während die Bruttoanlageinvestitionen das dritte Quartal in Folge schrumpften. Insbesondere die Bautätigkeit fiel spürbar gedämpft aus, was auf die steigenden Baukosten und Zinsen zurückzuführen sein dürfte. Der Konsum der Haushalte wird durch die gute Arbeitsmarktlage unterstützt. Das monatliche Beschäftigungswachstum lag in den vergangenen sechs Monaten im Durchschnitt bei rund 340.000 neu geschaffenen Stellen. Die Arbeitslosenquote lag im Februar mit 3,6 % auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Anstieg der durchschnittlichen Stundenlöhne belief sich im Jahr 2022 auf 5,3 % und lag im Februar bei 4,6 %.

Die Inflationsrate ist in der zweiten Jahreshälfte 2022 nach einem Höchststand von 9,1 % im Juni sukzessive zurückgegangen. Im Durchschnitt betrug die Inflation im

abgelaufenen Jahr 8,0 %. Im Februar 2023 lag sie mit 6,0 % immer noch weit über dem Zielwert der US-Notenbank Fed. Insbesondere die Kerninflation war mit 5,5 % noch hoch. Angesichts des angespannten Arbeitsmarkts und der hohen Inflation setzt die Fed ihren Leitzinsanhebungszyklus fort. Im März wurde die Bandbreite für die Federal Funds Rate um 25 Basispunkte auf 4,75 bis 5,0 % angehoben und eine weitere Straffung der Geldpolitik in Aussicht gestellt. Im März war eine Reihe von mittelgroßen US-Banken von Insolvenz bedroht. Ein auf Kryptowährungen spezialisiertes Finanzinstitut, die Silvergate Bank, wird abgewickelt, nachdem sie durch den Kollaps einer Kryptobörse, FTX, in Bedrängnis kam. Mit der auf das Bankgeschäft mit jungen Unternehmen spezialisierten Silicon Valley Bank (SVB) und der Signature Bank wurden zwei Banken unter die Kontrolle der Einlagensicherungsbehörde (FDIC) gestellt. In einer Ausnahmeregelung wurden alle Bankeinlagen unter die Einlagengarantie genommen, um einem Run auf die Banken entgegenzuwirken und einer Ausweitung auf das gesamte US-Bankensystem vorzubeugen. Mit dem „Bank Term Lending Program“ (BTLP) hat die Fed eine zusätzliche Refinanzierungsfazilität eingerichtet, mit der sich Banken auf zwölf Monate refinanzieren können. Die Ansteckungsgefahr für internationale Finanzinstitute erscheint derzeit gering und die Fed hat sich nicht von ihrem Leitzinsanhebungspfad abbringen lassen. Nach über 4,0 % zu Beginn des Monats lag dennoch die Rendite von 10-jährigen Treasury-Staatsanleihen nach den Ereignissen rund um die Bankenprobleme nur noch bei rund 3,3 %. Mit der Anhebung der Leitzinsen um insgesamt 4,75 Prozentpunkte seit Beginn des letzten Jahres und dem gleichzeitigen Rückbau der Zentralbankbilanz wurde die Geldpolitik drastisch gestrafft, was einen dämpfenden Effekt auf die Konjunktur und die Inflation ausübt. Für das laufende Jahr ist daher von einem gedämpften Wirtschaftswachstum auszugehen. Das Institut prognostiziert ein BIP-Wachstum von 1,1 % im Jahr 2023, dem eine leichte Beschleunigung auf 1,3 % im Jahr 2024 folgt.

In **Japan** blieb die Konjunktur im vierten Quartal des Vorjahrs schwach. Die Wirtschaftsleistung stagnierte im Vergleich zum Vorquartal und erhöhte sich um 0,4 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Positive Nettoexporte und leichte Steigerungen des öffentlichen und des privaten Konsums, gestützt durch eine Reisekostenbeihilfe der Regierung, wurden durch Rückgänge der Investitionen kompensiert.

Die Inflation erhöhte sich im Verlauf des Vorjahres stetig und erreichte im Jänner 4,3 %, die höchste Rate seit Anfang der 1980er Jahre. Neben den hohen Energiepreisen waren dafür auch Preiserhöhungen für Lebensmittel ausschlaggebend. Aber auch die Kernrate nahm kontinuierlich zu und lag im Jänner bei 3,2 %. Die starke Abwertung des Yen verschärfte den Inflationsdruck. Gegenüber dem US-Dollar hat der Yen im Jahresvergleich rund 20 % seines Wertes verloren. Trotz einer schwachen Konjunktur blieb die Arbeitslosenquote stabil auf niedrigem Niveau. Im Jänner lag sie bei 2,4 %.

In der Prognoseperiode dürfte die wirtschaftliche Erholung an Fahrt gewinnen. Dabei werden die Investitionen, darunter der Bau von Halbleiterfabriken, und die Konsumausgaben durch die Fortsetzung der expansiven Finanz- und Geldpolitik unterstützt. Die Notenbank hat den Leitzins bislang nicht angehoben. Dieser ist weiterhin leicht negativ. Ein Konjunkturpaket in Höhe von umgerechnet 200 Mrd. US-Dollar bzw. 5 % des BIP sollte die Wirtschaft ankurbeln. Rund 25 % der Mittel sind als Energieschutzschirm für Unternehmen und private Haushalte sowie für Lohnerhöhungen vorgesehen, um die Auswirkungen der zunehmenden Inflation zu mildern. Weitere positive Impulse bekommt die Konjunktur im ersten Halbjahr durch die Wiederöffnung Chinas nach der Aufhebung der Null-Covid-Politik. Dies wird sowohl die Waren- als auch die Dienstleistungsexporte beleben. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden und im nächsten Jahr um 1,7 % bzw. 1,0 % zulegen, nach 1,0 % im Jahr 2022.

Die strikte Null-Covid-Politik belastete im Vorjahr die Konjunktur der **Volksrepublik China**. Die Wirtschaftsleistung expandierte mit 3,0 % nur schwach. Im vierten Quartal stagnierte das BIP. Am Anfang des Quartals beeinträchtigten die Corona-Beschränkungen und ab Dezember auch eine kräftige Infektionswelle die wirtschaftliche Aktivität. Diese belasteten den privaten Konsum, der um rund 5 % zurückging, sowie die Produktion. Im Einklang mit der schwachen Industrieproduktion schrumpfte der Außenhandel. Dabei ging das Exportvolumen, das seit August rückläufig ist, im Dezember um 12,0 % im Vorjahrsvergleich zurück. Investitionsanreize führten zu einer Zunahme der Infrastrukturinvestitionen und der Investitionen von Staatsunternehmen. Positiv zum Wachstum trug auch die Erhöhung der Lagerbestände bei.

Erste Anzeichen für ein steigendes Konsumvertrauen und eine Belebung des privaten Konsums waren im Jänner und Februar erkennbar. Die Werte des Caixin Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe und des Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungssektor lagen im Februar mit 51,6 bzw. 55 Punkten deutlich über der neutralen 50-Punkte-Marke. Die Teuerungsrate erhöhte sich von 1,8 % im Dezember auf 2,1 % im Jänner. Der Anstieg war vor allem auf die Lebensmittelpreise zurückzuführen, aber auch die Preise für Freizeitaktivitäten wie Tourismus- und Restaurantdienstleistungen stiegen leicht.

Während Nachholeffekte nach der Aufhebung der coronabedingten Beschränkungen den Konsum ankurbeln, belastet die Immobilienkrise weiterhin die Konjunktur. Um diese zu mildern, setzen die Behörden einen 16-Punkte-Plan zur Wiederbelebung des Immobiliensektors um. Dieser sieht sowohl zusätzliche finanzielle Unterstützung für Bauträger als auch für private Hauskäufe vor. Allerdings erhöht dies die Schuldenlast des öffentlichen Sektors, die laut IWF-Schätzungen bereits bei 112 % des BIP liegt.

Angesichts des Konsolidierungsbedarfs im Immobiliensektor ist mit einer nur moderaten Zunahme der Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum zu rechnen. Die Bedeutung der Exporte als Wachstumstreiber dürfte mit der Erholung der Auslandsnachfrage wieder zunehmen. Allerdings hat die kontinuierliche Aufwertung des Yuan gegenüber dem Euro dazu geführt, dass chinesische Produkte für europäische VerbraucherInnen teurer geworden sind. Im Jahr 2023 dürfte die BIP-Expansion 5,3 % betragen, was in etwa dem von der Regierung für dieses Jahr festgelegten Wachstumsziel von 5 % entspricht. Im nächsten Jahr dürfte das BIP um 4,0 % zunehmen.

In **Deutschland** ist die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen. Von den inländischen Nachfragekomponenten wurde nur der Staatskonsum ausgeweitet. Der private Konsum litt unter dem Kaufkraftentzug durch die hohe Inflation. Der Anstieg der Energiepreise dürfte zusammen mit den Zinserhöhungen und der hohen Unsicherheit auch die Investitionstätigkeit belastet haben. Wegen des schwachen internationalen Umfelds gingen auch die Exporte zurück. Da jedoch die Importe noch stärker sanken und zudem das Volumen der Exporte größer als das der Importe ist, trug der Außenbeitrag positiv zur BIP-Entwicklung bei. Wegen des schwachen Konsums ging die Wertschöpfung im Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe im vierten Quartal deutlich zurück. Gesunken ist auch die Wertschöpfung in der Industrie. Zwar ließen die Lieferkettenprobleme nach, sodass Produktion nachgeholt werden konnte, aber wegen der hohen Energiepreise haben die energieintensiven Unternehmen ihre Produktion gedrosselt. Am Jahresende 2022 war die Wirtschaftsleistung ebenso hoch wie vor der Corona-Pandemie im vierten Quartal 2019. Im Gesamtjahr erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt um 1,8 %.

Der Arbeitsmarkt trotz aller Krisen. Selbst im vierten Quartal ist die Beschäftigung saisonbereinigt um mehr als 100.000 Personen gestiegen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote beträgt seit August 2022 unverändert 5,5 %. Die Zahl der Personen in Kurzarbeit ist zwar nach Schätzungen des ifo Instituts im Februar auf den höchsten Wert seit vergangenem Juni gestiegen, aber mit 0,7 % der Beschäftigten ist sie noch immer niedrig.

Die Inflationsrate war mit 8,7 % im Jänner und im Februar immer noch hoch. Neben den Energiepreisen legen seit einigen Monaten auch die Preise für Nahrungsmittel kräftig zu, zuletzt sogar stärker als die Energiepreise. Allerdings steigen auch die übrigen Preiskomponenten kräftig. Der Preisindex ohne Nahrungsmittel und Energie hat sich im Februar um 5,7 % erhöht. Allerdings dürfte die Inflationsrate inzwischen ihren Höhepunkt erreicht haben und in den kommenden Monaten allmählich zurückgehen, unter anderem infolge der seit Jahresbeginn geltenden Gas- und Strompreisbremse.

Frühindikatoren wie der ifo Geschäftsklimaindex deuten auf eine schwache Konjunktur im ersten Halbjahr hin. Die nach wie vor hohe Inflation sowie die steigenden Zinsen belasten die Binnennachfrage. Im Jahresdurchschnitt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im heurigen Jahr um 0,2 % ausgeweitet werden. Erst im Zuge steigender Realeinkommen ist eine stärkere Erholung des privaten Konsums zu erwarten, sodass die Wirtschaftsleistung im Jahr 2024 um 1,8 % zulegen sollte.

Im vergangenen Jahr wurde in **Italien** ein BIP-Wachstum von 3,7 % verzeichnet. Nach drei Quartalen mit positivem Wachstum ergab sich im vierten Quartal ein leichter BIP-Rückgang von 0,1 % gegenüber dem Vorquartal. Die Haushalte ließen bis zur Jahresmitte eine lebhaftere Konsumaktivität erkennen, welche aber gegen Jahresende abflaute. Gestärkt wird der Konsum durch die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt bei 8,1 %, was im historischen Vergleich ein Tiefststand ist, im Euroraum-Vergleich aber ein nach wie vor hoher Wert. Im Jänner 2023 lag die Arbeitslosenquote bei 7,9 %. Im zweiten Halbjahr mussten die Haushalte aufgrund der hohen Inflation Reallohnseinbußen hinnehmen. Die Inflationsrate verzeichnete im vierten Quartal zweistellige Werte und erreichte ihren Höchststand mit 11,8 % im November und Dezember, bevor sie wieder geringfügig zurückging und im Februar bei 9,0 % landete.

Die Rückkehr des Tourismus war ein wichtiger Faktor für den Aufschwung nach den Corona-Einschränkungen. Im letzten Sommer lagen die ausländischen Nächtigungen mit rund 81 Mio. nur noch knapp unter den Nächtigungen vom Sommer 2019. Angesichts der Teuerung griff auch die italienische Regierung zu einer Reihe von Maßnahmen, um Haushalte und Unternehmen zu unterstützen. Die Fiskalmaßnahmen belaufen sich auf 5,2 % des BIP. Das Budget 2023 sieht Maßnahmen in der Höhe von 21 Mrd. Euro (ca. 1,2 % des BIP) vor, die über eine außerordentliche Steuer auf Gewinne von Energieversorgungsunternehmen finanziert werden sollen. Den Haushalten kommt vor allem eine Reduktion der Lohnsteuertarife sowie der Netzgebühren und Umsatzsteuern auf Energie zugute. Für Unternehmen sind weitere Steuererleichterungen auf Energie vorgesehen. Die umfangreichen NextGenerationEU-Mittel und die damit einhergehenden öffentlichen Investitionen sollten im Prognosezeitraum ein Wachstumstreiber bleiben. Das Institut erwartet ein BIP-Wachstum von 0,5 % im laufenden Jahr, gefolgt von einem Anstieg um 1,0 % im Jahr 2024.

Die **französische Wirtschaft** hat im Verlauf des letzten Jahres zunehmend an Dynamik eingebüßt. Im vierten Quartal dämpfte vor allem die Konsumzurückhaltung der Haushalte, wodurch der BIP-Anstieg nur noch 0,1 % gegenüber dem Vorquartal ausmachte. Insgesamt stieg Frankreichs BIP um 2,6 % im Jahr 2022. Obwohl die Inflation im Vergleich zu vielen anderen Euroraum-Ländern bislang geringer ausfiel, hatten die Haushalte im zweiten Halbjahr zunehmend Realeinkommenseinbußen zu verkraften.

Zusätzlich wird das Konsumvertrauen durch einen weiteren Anlauf der Regierung zu einer Reform des Pensionssystems gedrückt. Anhaltende Streiks gegen die Pensionsreform werden das BIP im ersten Quartal voraussichtlich etwas reduzieren. Die Anti-Teuerungsmaßnahmen der Regierung umfassen eine Deckelung der Gas- und Stromgebühren und ein Gutscheinsystem zur Subventionierung des Energieverbrauchs von Haushalten mit niedrigem Einkommen. Weiters wurden letztes Jahr die Kraftstoffsteuern gesenkt, gezielte Subventionen für Unternehmen eingeführt sowie Sozialleistungen und öffentliche Löhne erhöht. Für das laufende Jahr wurde eine Deckelung von Mieterhöhungen beschlossen. Die Inflationsrate blieb 2022 mit 5,2 % unter dem Euroraum-Durchschnitt und lag im Februar bei 6,2 %. Der Arbeitsmarkt zeigt sich mit einer Arbeitslosenquote von 7,1 % im Jänner und einer Rekordbeschäftigung robust.

In der Industrie und im Bausektor lagen die Einschätzung der Unternehmen über die Auftragslage laut der Umfrage der *Banque de France* im Februar nahe dem langjährigen Durchschnitt. Der Preisdruck bei Rohstoffen nimmt nach Aussagen der Unternehmen ab, während weiterhin auf große Schwierigkeiten, neues Personal einzustellen, hingewiesen wird. Im Jänner lag die Arbeitslosenquote auf dem sehr niedrigen Stand von 7,1 %. Nur noch 33 % der Unternehmen verwiesen auf Lieferengpässe, während der Höchststand zuletzt im April 2022 bei 64 % lag. Die Industrieumfragen weisen auf eine leicht positive BIP-Entwicklung im ersten Quartal 2023 hin. Das Institut rechnet im laufenden Jahr mit einer Abschwächung des BIP-Wachstums auf 0,6 %. Für das Jahr 2024 wird ein Wachstum von 1,3 % prognostiziert.

Im **Vereinigten Königreich** ist die Wirtschaftsleistung im letzten Quartal des vergangenen Jahres im Vergleich zum Vorquartal unverändert geblieben und hat sich somit etwas besser entwickelt als zuvor erwartet. Das BIP-Niveau von vor der Coronakrise wird voraussichtlich Mitte 2024 erreicht werden. Am Arbeitsmarkt ist die Zahl der offenen Stellen trotz eines weiteren leichten Rückgangs nach wie vor sehr hoch. In Kombination mit einer Arbeitslosenquote von 3,7 % bedeutet dies einen stark angespannten Arbeitsmarkt. Die Anzahl von nicht beschäftigten Personen pro offener Stelle bleibt mit 1,1 äußerst niedrig. Der Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungsbereich lag im März mit 52,8 Punkten bereits über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten, der entsprechende Index für das Verarbeitende Gewerbe lag dagegen mit 48 Punkten noch knapp darunter. Die Stimmung der VerbraucherInnen ist im März wieder leicht gestiegen und deutet auf eine positive Konsumententwicklung.

Der private Konsum wurde allerdings zuletzt durch den nach wie vor hohen Preisanstieg gedämpft. Die Inflation ist von ihrem Rekordniveau im Oktober 2022 (11,1 %) zwar etwas zurückgegangen, betrug im Februar aber nach wie vor 10,4 %. Die jüngsten Teuerungsraten liegen damit deutlich über dem 2-Prozent-Ziel der *Bank of England*, was

die Notenbank dazu veranlasst hat, ihre Leitzinsen seit September des vergangenen Jahres in mehreren Schritten auf gegenwärtig 4,25 % zu erhöhen. Damit dürfte das Ende des Zinserhöhungszyklus nahezu erreicht sein. Trotz umfangreicher Unterstützungspakete der Regierung zur Abfederung der Teuerung inklusive mehrerer Programme zur Energiepreisdeckelung dürfte der private Konsum die Wirtschaft weiterhin weit weniger stark stützen als in der Vergangenheit. Daneben ist die Produktivität in den vergangenen Jahren deutlich weniger stark gestiegen als vor der Finanzkrise und wurde zuletzt auch durch die Pandemie und die höheren Energiekosten beeinträchtigt. Dies spiegelt sich insbesondere in schwachen Unternehmensinvestitionen wider, die sich im laufenden Jahr wohl fortsetzen werden. Die jüngst vorgestellte neue Nationale Quantenstrategie dürfte allerdings Investitionen in Wissenschaft und Technologie stärken. Alles in allem sollte das Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum zunächst um 0,5 % sinken und anschließend um 1,0 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung der **Schweiz** hat im vierten Quartal des vergangenen Jahres gegenüber dem Vorquartal stagniert. Die Exporte gingen leicht zurück, die Binnen- nachfrage stützte hingegen das Wachstum. Insbesondere der private Konsum stieg erneut an. Zusätzlich zu weiteren Aufholeffekten in den Bereichen Tourismus und Freizeit hat sich die Lage am Arbeitsmarkt positiv entwickelt. Die Beschäftigung stieg weiter an und die Arbeitslosigkeit erreichte im Februar mit 1,9 % erneut einen sehr niedrigen Stand. Der Industriesektor entwickelte sich hingegen weiterhin schwach, mit Ausnahme der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Die Inflation war Ende des Jahres 2022 angesichts sinkender Energiepreise rückläufig, stieg jedoch im Februar (3,4 %) wieder an. Die Schweizerische Nationalbank hat im Dezember und März ihren Leitzinssatz auf nun 1,5 % angehoben, um dem gestiegenen Teuerungsdruck zu begegnen.

Die Stimmungsumfragen haben sich in den vergangenen Monaten insgesamt verbessert, bleiben aber heterogen. Der Einkaufsmanagerindex für die Industrie wie auch jener für den Dienstleistungssektor haben sich im Februar leicht abgeschwächt (48,9 bzw. 55,3). Der Wert für die Industrie liegt seit Jänner dieses Jahres knapp unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten, der Wert für Dienstleistungen ist allerdings im Jänner über die Schwelle von 50 Punkten geklettert und liegt nach wie vor darüber. Das KOF Konjunkturbarometer ist im Februar weiter gestiegen und liegt mit 100,0 Punkten bei seinem langfristigen Mittelwert. Auch die KonsumentInnenstimmung hat sich zuletzt stark verbessert. Ausgehend vom Konkurs der Silicon Valley Bank hat die Unsicherheit bei Anlegern weltweit rasch um sich gegriffen, zu Verlusten bei Bankaktien und letztlich zur Übernahme der Credit Suisse durch die UBS geführt. Momentan wird jedoch nicht von einer tieferehenden Bankenkrise ausgegangen. Die weitere wirtschaftliche Lage wird maßgeblich von der internationalen Wirtschafts- und Inflationsentwicklung sowie der

künftigen Energieversorgung bestimmt. Insgesamt erwartet das Institut für die beiden Prognosejahre ein BIP-Wachstum von 0,8 % bzw. 1,9 %.

Trotz der Belastungen durch den Krieg gegen die Ukraine blieb die Konjunktur in den **mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL)** im Vorjahr mit einer durchschnittlichen BIP-Wachstumsrate von über 4 % robust. Impulse kamen in allen Ländern von den Anlageinvestitionen. Nach einer lebhaften Dynamik in der ersten Jahreshälfte, angetrieben durch den Wegfall der coronabedingten Einschränkungen, verlangsamte sich das Wachstum des privaten Konsums kontinuierlich in der zweiten Jahreshälfte. Dabei verringerten starke Preissteigerungen die Realeinkommen der privaten Haushalte und das Konsumvertrauen verschlechterte sich. Gleichzeitig dämpften die hohen Energie- und Rohstoffpreise die Industrieproduktion. In Tschechien und in Ungarn schrumpfte die Wirtschaftsleistung in den letzten zwei Quartalen des Vorjahres im Vorquartalsvergleich. Somit rutschten diese Länder in eine technische Rezession. Auch in Polen ging die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal infolge eines stark rückläufigen Konsums zurück. In einigen mittel- und osteuropäischen Ländern sank auch die Industrieproduktion. Infolge des schwachen Konsums verringerte sich im vierten Quartal das Volumen der Einfuhren, was einen positiven Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum in Ungarn und Tschechien zur Folge hatte.

Die wirtschaftlichen Kosten des Krieges gegen die Ukraine zeigten sich in Form von außergewöhnlichen Preissteigerungen und einer massiven Straffung der Geldpolitik. Aufgrund höherer Energie- und Lebensmittelpreise beschleunigte sich die Inflation im Laufe des Jahres und erreichte überall zweistellige Raten. Die höchsten Inflationsraten verzeichneten im Vorjahr Ungarn und Tschechien mit 15,3 % bzw. 14,8 %, in den anderen Ländern lag die Teuerungsrate in einem Bereich zwischen 9,3 % in Slowenien und 13,2 % in Polen. In Polen, Tschechien und Ungarn hat die Inflation im Februar dieses Jahres mit 17,0 %, 18,4 % bzw. 25,8 % Höchststände erreicht. Die hohen Teuerungsraten bei Strom und Brennstoffen schlagen sich wegen des in der Region recht großen Gewichts dieser Gütergruppe stark in der Inflationsrate nieder. Um die Auswirkungen der hohen Inflation auf Bevölkerung und Unternehmen zu mildern, ergriffen die Länder zahlreiche Unterstützungsmaßnahmen. Laut Bruegel erreichten diese Maßnahmen das höchste Volumen in der Slowakei mit 9,3 % des BIP, gefolgt von Bulgarien mit 5,3 % und Slowenien mit 4,0 % sowie Tschechien und Rumänien mit jeweils 3,8 % des BIP. Niedrigere Anteile am BIP verzeichnen Polen mit 2,2 % sowie Ungarn mit 1,7 %.

Die hohe Inflation führte schon im Jahr 2022 zu einer drastischen Straffung der Geldpolitik. Derzeit liegen die Leitzinsen in Polen bei 6,75 %, in Tschechien und Rumänien bei 7 % und in Ungarn bei 13 %. Mit der Abschwächung der Inflation in der zweiten Jahreshälfte dürften einige Zentralbanken mit der geldpolitischen Lockerung beginnen.

Die Arbeitslosigkeit bleibt niedrig, fast überall herrscht Arbeitskräftemangel. Das Arbeitskräfteangebot sollte insbesondere in Polen und in Tschechien durch die Arbeitsmarktintegration der ukrainischen Flüchtlinge steigen.

Im laufenden Jahr dürfte sich die Wirtschaftsdynamik infolge inflationsbedingter Kaufkraftverluste für die privaten Haushalte und hoher Produktionskosten für die Unternehmen verlangsamen. Zusätzlich verteuern die angehobenen Leitzinsen die Kredite für KonsumentInnen und Unternehmen. Konjunkturstützend wirken hingegen die Auszahlungen aus dem EU-Haushalt und die Mittel für Investitionsvorhaben aus dem NextGenerationEU-Programm. Diese Mittel werden maßgeblich zur Finanzierung von Projekten zur Dekarbonisierung und Digitalisierung eingesetzt. Nach einer schwächeren Entwicklung im ersten Halbjahr sollte die Konjunktur in den mittel- und osteuropäischen Ländern ab der zweiten Jahreshälfte wieder anspringen. Die nachlassende Inflation und die Belebung der Auslandsnachfrage werden die Konjunktur stützen. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung in den MOEL-5 um 0,7 % in diesem Jahr und um 2,6 % im nächsten Jahr zunehmen. Da die geplanten Auszahlungen aus EU-Mitteln für Bulgarien, Kroatien und Rumänien höher als für andere Länder der Region sind, dürfte in der Prognoseperiode die Wirtschaft dieser Länder stärker davon profitieren. Eine geplante Erhöhung der Militärausgaben in der Prognoseperiode in Polen, Rumänien, Ungarn, der Slowakei und Kroatien dürfte sich positiv auf die BIP-Dynamik auswirken.

In **Russland** fiel der Rückgang der Wirtschaftsleistung nach offiziellen Angaben mit 2,1 % im Jahresdurchschnitt 2022 geringer aus als aufgrund der Sanktionen gemeinhin erwartet. Ein kräftiger Anstieg der Anlageinvestitionen um 5,2 % milderte den Rückgang. Dieser ist größtenteils auf öffentlich geförderte Investitionsprojekte, die vor dem Jahr 2022 begonnen wurden, und auf staatliche Infrastrukturinvestitionen zurückzuführen. Höhere Rüstungsausgaben und die Produktion von Militärgütern begrenzten den BIP-Rückgang zusätzlich. Zudem haben deutlich weniger westliche Unternehmen als ursprünglich erwartet ihre Aktivitäten in Russland eingestellt. Aufgrund sinkender Realeinkommen wirkte der private Konsum dämpfend. Aussagekräftiger als die BIP-Zahlen für die tatsächliche Dynamik der Wirtschaftsleistung sind Indikatoren wie die Einzelhandelsumsätze. Diese verringerten sich im Vorjahr um 6,7 %.

Da einerseits Unternehmen Auftragsbestände noch abarbeiten konnten und andererseits eine florierende Sanktionsumgehungsindustrie über Kasachstan oder Turkmenistan entstand, fiel der Rückgang der Exporte geringer aus als nach dem Kriegsbeginn erwartet. Während der Handel mit der EU kollabierte, erhöhte sich das russische Handelsvolumen mit Ländern wie China, Indien oder der Türkei beträchtlich.

Die Wirkungen der gegen Russland verhängten westlichen Sanktionen werden seit Anfang dieses Jahres immer stärker spürbar. Die seit Dezember des Vorjahres

beziehungsweise seit Februar des laufenden Jahres in Kraft befindlichen Embargos auf Öl und Ölprodukte sowie der Ölpreisdeckel von 60 US-Dollar pro Barrel haben die Staatseinnahmen Russlands aus Gas- und Erdölgeschäften in den ersten zwei Monaten dieses Jahres deutlich verringert.

Nach einem zunächst sprunghaften Anstieg der Inflation im Gefolge der russischen Invasion in der Ukraine bildete sich diese im Laufe des Jahres aufgrund umfangreicher staatlicher Maßnahmen stark zurück und betrug im Jahresdurchschnitt 13,8 %. Im Februar dieses Jahres sank die Teuerungsrate auf 11,0 %. Der vorübergehend angehobene Leitzins wurde Mitte September 2022 auf 7,50 % gesenkt und blieb seitdem unverändert.

Die Arbeitslosenquote verharrte im Vorjahr mit 3,9 % auf einem niedrigen Niveau und sank im Jänner weiter auf 3,6 %. Durch die Mobilisierung und Abwanderung fehlen der russischen Wirtschaft schätzungsweise eine Million qualifizierte Arbeitskräfte. Insbesondere die langfristigen wirtschaftlichen Folgen des Braindrains sind beträchtlich. Zusätzlich beeinträchtigt das westliche Exportverbot für Hochtechnologie die längerfristigen Wachstumsaussichten Russlands. Alles in allem könnte die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr einen weiteren Rückgang um 2,8 % verzeichnen. Im nächsten Jahr könnte die Produktion um 1,0 % zunehmen.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2020	2021	2022	2023	2024
BIP, real					
Deutschland	-3,7	2,6	1,8	0,2	1,8
Italien	-9,0	7,0	3,7	0,5	1,0
Frankreich	-7,8	6,8	2,6	0,6	1,3
Vereinigtes Königreich	-11,0	7,6	4,0	-0,5	1,0
Schweiz	-2,5	4,2	2,1	0,8	1,9
USA	-2,8	5,9	2,1	1,1	1,3
Japan	-4,3	2,1	1,0	1,7	1,0
China	2,2	8,4	3,0	5,3	4,0
Polen	-2,0	6,8	4,9	0,8	2,5
Slowakei	-3,4	3,0	1,7	0,7	2,3
Tschechien	-5,5	3,6	2,4	0,3	2,3
Ungarn	-4,5	7,1	4,6	0,5	2,5
Slowenien	-4,3	8,2	5,4	1,3	2,3
MOEL-5 ⁱ	-3,2	5,9	4,1	0,7	2,4
Bulgarien	-4,0	7,6	3,4	1,3	3,0
Rumänien	-3,7	5,8	4,8	2,8	3,3
Kroatien	-8,6	13,1	6,3	1,5	2,5
Russland	-2,7	5,6	-2,1	-2,8	1,0
Euroraum	-6,1	5,4	3,5	0,6	1,5
NMS-6 ⁱⁱ	-3,5	6,5	4,4	1,3	2,6
EU-27	-5,6	5,4	3,5	0,6	1,6
OECD	-4,4	5,6	2,8	1,1	1,6
Welt	-3,2	6,2	3,4	2,6	2,9
Welthandel (Waren laut CPB)	-5,1	10,3	3,2	1,3	3,7
Österreichische Exportmärkte	-8,5	10,0	6,0	1,3	3,3
USD/EUR-Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,14	1,18	1,05	1,08	1,08
Rohölpreis ⁱⁱⁱ	42,8	70,7	100,8	82,0	77,0

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, Refinitiv Datastream, ab 2023 Prognose des IHS

3 Die österreichische Außenwirtschaft

Die **österreichische Außenwirtschaft** verzeichnete nach dem Coronaschock einen kräftigen Aufschwung. Dem Einbruch um 10,7 % im Jahr 2020 folgte ein durchschnittliches Exportwachstum von 10,3 % in den Jahren 2021 und 2022. Engpässe bei globalen Lieferketten haben laut dem *Global Supply Chain Pressure Index* (GSCPI) der *Federal Reserve Bank of New York* im Laufe des letzten Jahres deutlich nachgelassen. Zuletzt gab es aber Anzeichen für eine Abkühlung des internationalen Handels. Während für das Gesamtjahr 2022 ein Zuwachs von 3,2 % verzeichnet wurde, stagnierte im vierten Quartal der weltweite Warenhandel gegenüber dem Vorjahr.

Im Jahr 2022 betrug der Anstieg der realen Exporte i.w.S. 11,1 %. Die kräftige Expansion hielt bis in die zweite Jahreshälfte hinein an und nur im Schlussquartal wurde mit 0,7 % ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorquartal verzeichnet. Die Warenexporte stiegen im Jahr 2022 um 7,5 %. Zwischen den Warengruppen ergaben sich nur geringe Veränderungen im Vorjahresvergleich. Maschinen und Fahrzeuge blieben mit einem Anteil von 35,3 % die größte Gruppe, mittelfristig war aber ein leichter Anteilsverlust zu beobachten. Zwischen 2011 und 2020 betrug der Anteil im Durchschnitt 39,2 %. Daneben zählen Bearbeitete Waren, Chemische Erzeugnisse und Konsumnahe Fertigwaren zu den wichtigsten Exportgütern. Europa blieb mit über 80 % die wichtigste Destination österreichischer Exportwaren und -dienstleistungen. Darüber hinaus gingen 9,5 % und 8,8 % der Exporte nach Amerika bzw. Asien. Der mittelfristige Trend einer Zunahme des Anteils der Exporte nach Asien hat sich nicht fortgesetzt. Zwischen 2011 und 2020 lag der Anteil Asiens im Durchschnitt bei 11,2 %. Hinweise für eine Verlangsamung des Wachstums der Warenexporte kommen von einigen Vorlaufindikatoren. Die Auslandsauftragsbestände wurden in den letzten Monaten von den Unternehmen in den meisten Sektoren vorsichtiger beurteilt. Für das laufende Jahr wird eine Abschwächung des Wachstums der Warenexporte auf 1,0 % erwartet, gefolgt von einem Zuwachs von 3,0 % im Jahr 2024.

Das Anspringen des internationalen Tourismus zeigte sich nach dem Ende der Corona-Einschränkungen in einem signifikanten Anstieg der Reiseverkehrsexporte um 86,9 % im vergangenen Jahr. Im Sommer gab es einen regelrechten Urlaubsboom, in dem die Nächtigungen ausländischer TouristInnen das Rekordjahr 2019 erreichten. Für den Wintertourismus sind die Vorzeichen positiv. Im Jänner und Februar 2023 erreichten die Nächtigungen ausländischer TouristInnen mit 26,3 Mio. wieder nahezu das Niveau in den entsprechenden Monaten im Jahr 2019. Die erste Wintersaison ohne coronabedingte Einschränkungen nach zwei Jahren lässt die Unternehmen im Bereich Gastronomie und Beherbergung wieder positiver in die Zukunft blicken, allerdings ist noch offen, ob auch der Umsatz mit der Nächtigungsanzahl mithalten kann. Nachdem

der Reiseverkehr in der Wintersaison 2022 noch durch Corona beeinträchtigt war, ergibt sich für das Jahr 2023 noch ein Aufholpotenzial und es wird ein Anstieg um 14,0 % prognostiziert. Für das Jahr 2024 wird ein Wachstum der Reiseverkehrsexporte um 6,0 % erwartet.

Die realen Warenimporte und die realen Importe i.w.S. stiegen im Jahr 2022 um 2,8 % bzw. 5,7 %. Die Verteilung der nominellen Importe nach Warengruppen hat sich in Richtung Brennstoffe und Energie verschoben. Der Anteil von Brennstoffen und Energie an den gesamten Warenimporten stieg auf 12,0 % von 7,8 % im Vorjahr, was auf Preisanstiege in dem Segment zurückzuführen ist. Die nominellen Warenimporte aus Russland sind angestiegen. Gegenüber dem Jahr 2021 ergab sich ein Anstieg des Anteils der russischen Warenimporte von 2,6 % auf 3,9 %, während die Warenexporte nach Russland von 1,2 % auf 0,9 % der gesamten Warenexporte zurückgingen. Den stärksten Anstieg gegenüber dem Vorjahr verzeichnete die Untergruppe Gas mit 100 %, was auf den starken Preisanstieg zurückzuführen war, wobei real ein Rückgang von 38,0 % zu beobachten war.

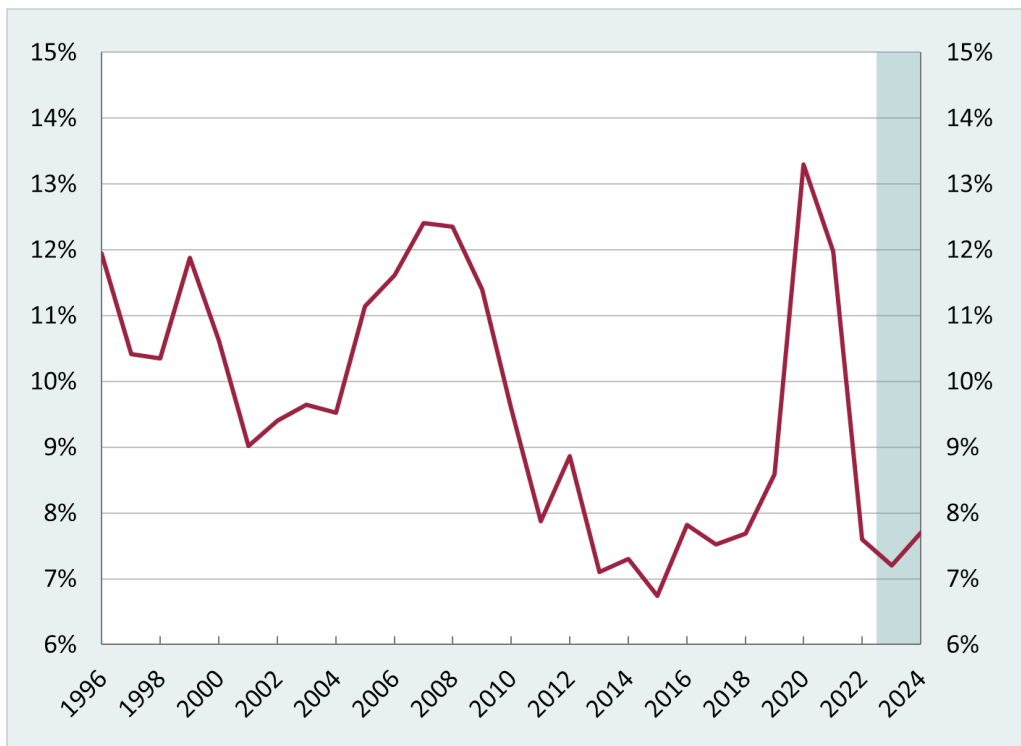
Der nominelle Warenhandel entwickelte sich im letzten Jahr in beide Richtungen dynamisch, wobei die Preise der Warenimporte deutlich stärker stiegen (14,3 %) als die der Warenexporte (9,2 %). Das Handelsbilanzdefizit erhöhte sich im Vorjahr auf 19,6 Mrd. Euro. Durch die Preisanstiege bei den Warenimporten haben sich die Terms of Trade im vergangenen Jahr verschlechtert. Das Verhältnis der Preise exportierter zu importierter Waren sank um 4,5 %. Bei Waren und Dienstleistungen lag die Veränderung der Terms of Trade bei 3,5 %. Für die Jahre 2023 und 2024 wird von keiner weiteren signifikanten Veränderung der Terms of Trade ausgegangen.

4 Perspektiven der Inlandskonjunktur

Die österreichischen Haushalte sind im laufenden Jahr mit stagnierenden Realeinkommen konfrontiert, denn ihre deutlichen Zuwächse an nominellen verfügbaren Einkommen werden durch die noch immer erhöhte Teuerung aufgezehrt. Die vorliegenden Werte der schnellen Frühindikatoren, wie Einzelhandelsumsätze und PKW-Neuzulassungen, lassen allerdings eine gewisse Konsumfreude erkennen. Vor allem die Neuzulassungen zeigen derzeit eine schon mehrere Jahre hindurch nicht mehr gewohnte Lebhaftigkeit. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Haushalte ihre Konsumausgaben mit Umsicht und Bedacht planen und umsetzen und ihren eng gesteckten realen Rahmen nicht überdehnen. In der Folge werden sie auch ihre gewohnten längerfristigen Sparziele wieder aufgreifen, die sie in der letzten Zeit zurückgestellt hatten.

Gegenüber der Winter-Prognose wird die Haushaltsnachfrage im Wesentlichen unverändert eingeschätzt. Der **Konsum der privaten Haushalte** wächst im laufenden Jahr inflationsbereinigt um 0,5 %, im kommenden Jahr um 1,8 %. Damit geht eine Phase des Entsparens zu Ende, in der die Haushalte ihre Ausgaben teilweise durch Rückgriffe auf Ersparnis finanzierten. Da die real verfügbaren Haushaltseinkommen heuer stagnieren, wird noch einmal leicht entspart. Das Niveau der Realeinkommen aus dem Jahr 2019, also vor der Pandemie, wird erst 2024 wieder erreicht. Im laufenden Jahr stehen den Haushalten real um 1,8 % weniger zur Verfügung als 2019. Der Einkommensverlust während der Pandemie, vor allem im Jahr 2020, konnte also bislang nicht vollständig kompensiert werden. Demgegenüber liegen die Konsumausgaben bereits im laufenden Jahr nur mehr geringfügig unter dem Niveau vor der Pandemie.

Die Konsumnachfrage der österreichischen Haushalte reagiert empfindlich auf Verschiebungen in der Dynamik zwischen Lohneinkommen und anderen Einkommen (vereinfachend Gewinneinkommen). Die stärker konsumwirksamen Lohneinkommen entwickeln sich in den beiden Prognosejahren lebhafter als die Gewinneinkommen. Dieser Verteilungsaspekt bewirkt also einen zusätzlichen Konsumimpuls. Allerdings dürften die Rücklagen aus der Pandemiezeit bereits größtenteils aufgebraucht sein, sodass die Anreize für einen verstärkten Aufbau von Vermögen im kommenden Jahr überwiegen. Da im Jahr 2024 die Realeinkommen immerhin um 2,1 % zunehmen, wird dann den Haushalten ein Spielraum zur Wiederaufnahme von Sparzielen offenstehen. Die Konsumausgaben werden um 1,8 % expandieren, also der Einkommensdynamik nicht mehr gänzlich folgen.

Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte

Quellen: Statistik Austria, ab 2022 Prognose des IHS

Abbildung 9 zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote** und lässt eine Abfolge unregelmäßiger Zyklen erkennen. Im Zeitraum vor der Pandemie haben die Haushalte tendenziell Zurückhaltung bei Ausgaben geübt und ihre Sparquote aufgebaut. Die deutlichen Realeinkommenszuwächse dieser Jahre boten genügend Spielraum, um Sparziele und Anschaffungspläne gleichzeitig zu verfolgen. Das Jahr 2020 hat zu massivem Zwangssparen in Folge der pandemiebedingten Konsumbeschränkungen und zu einem Spitzenwert von über 13 % geführt. In der Folge ließen die Behinderungen wieder langsam nach, die Haushalte nahmen ihre Konsumaktivität wieder auf und bauten die Haushaltssparquote ab. Im Jahr 2022 kehrte diese Kenngröße auf ihren mutmaßlichen Normalwert zurück. Das Institut geht derzeit davon aus, dass dieser Zielwert zwischen 7,5 % und 8 % liegt, ein wenig höher als der im laufenden Jahr gemessene Wert.

Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** expandiert im Prognosezeitraum kontinuierlich. Für die beiden Prognosejahre ist mit einem Wachstum von jeweils 2,0 % zu rechnen. Unter Einschluss dieser Non-Profit-Dienste ergeben sich für den privaten Konsum insgesamt reale Wachstumsraten von 0,6 % und 1,8 %, also heuer um geringfügig mehr als für die Teilposition des Haushaltskonsums.

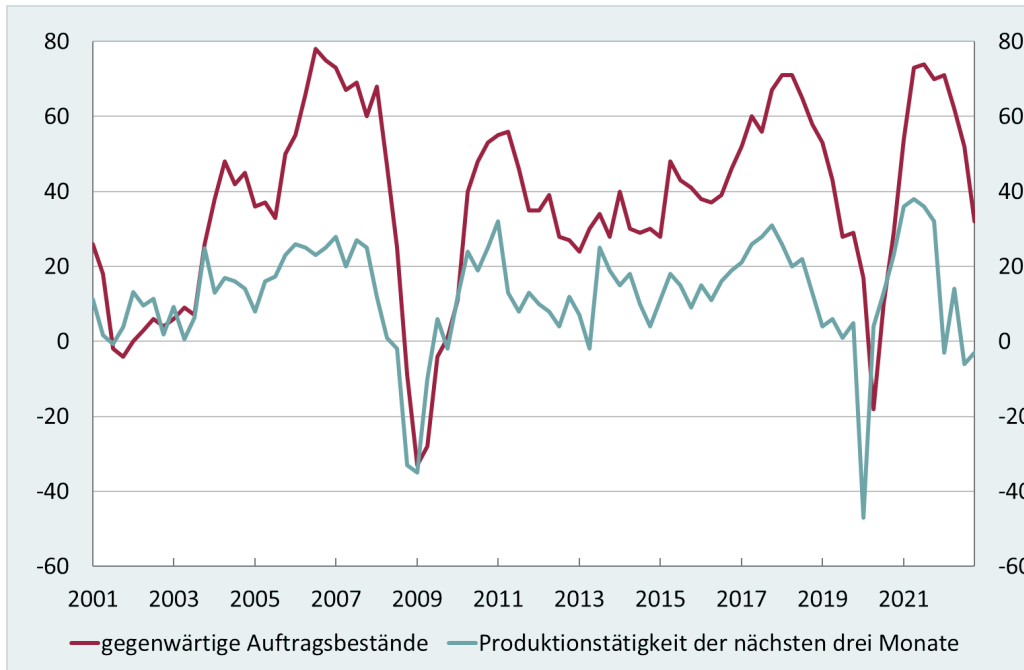
Nachdem die saisonbereinigten **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** im zweiten und dritten Quartal 2022 jeweils gesunken waren, wurden sie im vierten Quartal um 2,2 % ausgeweitet. Dieser Anstieg ist allerdings ausschließlich auf die Kategorie „Andere Maschinen und Ausrüstungen sowie Waffensysteme“ zurückzuführen, während die Investitionen in Fahrzeuge, Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) sowie geistiges Eigentum niedriger waren als im dritten Quartal. Die allgemeine Schwäche der Investitionstätigkeit steht im Einklang mit der konjunkturellen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe, wo die Wertschöpfung im dritten Quartal zurückging und im vierten Quartal stagnierte. Auf Basis der Quartalsdaten ergibt sich für den Jahresdurchschnitt ein Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 0,8 %. Dabei wurden nur die am wenigsten konjunktur reagiblen Ausgaben für IKT-Güter und geistiges Eigentum ausgeweitet.

Im Prognosezeitraum sprechen die Rahmenbedingungen für eine schwache Sachkapitalbildung. Die Konjunkturdelle fällt zwar voraussichtlich geringer aus als im Dezember erwartet, aber eine starke Dynamik zeichnet sich auch nicht ab. Dies spiegelt sich in den Produktionserwartungen und den Auftragsbeständen in der österreichischen Industrie wider (Abbildung 10). Darüber hinaus ist die Kapazitätsauslastung noch immer höher als im langjährigen Durchschnitt und zuletzt sogar leicht gestiegen (Abbildung 11). Die Unsicherheit, vor allem bezüglich des Fortgangs des Kriegs gegen die Ukraine und der damit verbundenen Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise, belastet die Investitionstätigkeit. Und nicht zuletzt hat sich das Finanzierungsumfeld seit vergangenem Sommer deutlich verschlechtert. Die steigenden Zinsen haben bereits zu einem Rückgang der Nachfrage nach langfristigen Unternehmenskrediten geführt, was ebenfalls auf eine schwache Investitionstätigkeit hindeutet. Darüber hinaus gaben die Banken in der Umfrage zum Kreditgeschäft (*Bank Lending Survey*) an, ihre Angebotspolitik für Unternehmenskredite seit dem zweiten Quartal 2022 verschärft zu haben. Die bankinternen Kreditrichtlinien wurden strenger und die Margen erhöht. Dieser Trend sollte sich nach den Erwartungen der Banken im ersten Quartal 2023 fortsetzen.

Erst wenn sich wie erwartet die Konjunktur im In- und Ausland belebt, sollten ab der zweiten Jahreshälfte auch die Investitionen allmählich Fahrt aufnehmen. Im laufenden Jahr dürften die realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen wegen der Schwäche zu Jahresbeginn stagnieren und im kommenden Jahr um 2,0 % expandieren.

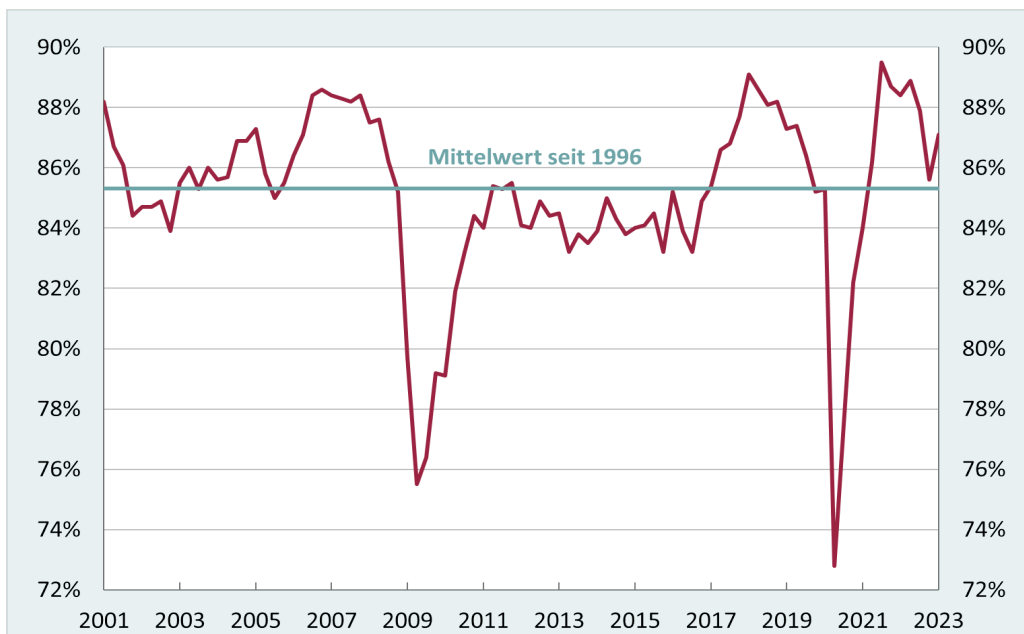
Abbildung 10: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

**Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie
saisonbereinigt**



Quelle: Europäische Kommission

Der starke Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise hat im vergangenen Jahr zu einer kräftigen Erhöhung der Investitionsgüterpreise, gemessen am Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen, geführt. In saisonbereinigter Rechnung ging der Preisauftrieb im letzten Quartal 2022 bereits zurück, während er sich im Vergleich zum Vorjahresquartal auf 5,5 % beschleunigte. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich der Ausrüstungsinvestitionsdeflator um 4,8 % und damit so stark wie seit 20 Jahren nicht mehr. Da bei den internationalen Preisen für Energie und Industrierohstoffe wie Metalle der Höhepunkt inzwischen überschritten wurde, ist auch bei den Investitionsgüterpreisen ein Nachlassen des Preisauftriebs zu erwarten. Der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen dürfte im laufenden Jahr um 4,5 % und im kommenden Jahr um 2,0 % steigen.

Auf Basis der Quartalsdaten sind die **realen Bauinvestitionen** im Durchschnitt des vergangenen Jahres um 1,0 % gesunken. Dabei haben sich die Bausparten unterschiedlich entwickelt. Einem Rückgang der Wohnbauinvestitionen um 3,5 % stand ein Anstieg der sonstigen Bauinvestitionen um 0,8 % gegenüber. In saisonbereinigter Rechnung sind die Investitionen in beiden Baubereichen ab dem zweiten Quartal gesunken, wobei sich der Abschwung im vierten Quartal etwas verlangsamte.

Für den Prognosezeitraum haben sich die Aussichten für die Bauinvestitionen in den vergangenen Monaten weiter verdunkelt. So waren die Baubewilligungen im Wohnbau im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2022 um 21,6 % niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Zudem haben die Geschäftsbanken im Einklang mit den Leitzinserhöhungen durch die Europäische Zentralbank die Kreditzinsen deutlich angehoben. Die bankinternen Richtlinien für Wohnbaukredite blieben zwar im vierten Quartal weitgehend unverändert, aber bis zum dritten Quartal waren sie deutlich verschärft worden, was die Banken im Rahmen des *Bank Lending Survey* mit gestiegenen Ausfallrisiken und den neuen rechtlichen Rahmenbedingungen im Zuge der im August 2022 in Kraft getretenen „Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung“ begründet haben. In den kommenden Monaten dürften die Zinsen für Wohnbaukredite weiter steigen. Auch die schwache Entwicklung der Realeinkommen aufgrund der hohen Inflation und die Unsicherheit hinsichtlich der Einkommensentwicklung bremsen die Wohnbautätigkeit. Gestützt wird der Wohnbau dadurch, dass die starke Verteuerung von Energieträgern die thermische Sanierung von Gebäuden sowie den Ersatz von Gas- und Ölheizungen durch Wärmepumpen oder Photovoltaikanlagen fördert. Angebotsengpässe bei den erforderlichen Produkten und Fachkräftemangel bremsen hier aber die Entwicklung, sodass diese Ausbau- und Renovierungstätigkeiten nicht den Rückgang beim Wohnungsneubau kompensieren können.

Im Einklang mit den Ausrüstungsinvestitionen werden wohl auch die Bauinvestitionen der Unternehmen zunächst schwach sein und sich nur allmählich erholen. Auch hier machen sich die Unsicherheit ebenso wie die vergangene starke Verteuerung der Baupreise bemerkbar. Auch die öffentlichen Bauinvestitionen werden sich wohl schwach entwickeln, denn die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich durch die Konjunkturabschwächung und die Transfers und Subventionen zur Abfederung der Folgen der Inflation verschlechtert. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen im Durchschnitt des heurigen Jahres um 1,5 % zurückgehen und im kommenden Jahr stagnieren.

Der Anstieg der Baukosten hat im vergangenen September den Höhepunkt erreicht und sich seitdem deutlich abgeschwächt. Bei den Baupreisen war im vierten Quartal allerdings kaum Entspannung sichtbar. Diese stiegen im Hochbau um 15,6 %, nach 16,4 % im dritten Quartal, und im Tiefbau war die Zunahme um 1,3 % sogar kräftiger als in den ersten drei Quartalen. Die Baupreise insgesamt erhöhten sich um 10,0 % und der Deflator der Bauinvestitionen um 12,0 %. Saisonbereinigt ist hier im vierten Quartal eine leichte Verringerung des Preisauftriebs sichtbar. Da die Preise für wichtige Baumaterialien inzwischen deutlich gesunken sind und sich die Baunachfrage abschwächt, dürfte sich der Anstieg der Baupreise im Prognosezeitraum spürbar verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt 2023 wird der Deflator der Bauinvestitionen allerdings wegen des hohen Starts in das Jahr wohl um 9,5 % steigen. Für das kommende Jahr ist eine Abschwächung des Preisauftriebs auf 4,0 % zu erwarten.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Rückgang um 0,7 % im laufenden Jahr und ein Anstieg um 1,0 % im kommenden Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, ist von 26,5 % im Jahr 2021 auf 25,7 % im Jahr 2022 gesunken. Im Prognosezeitraum wird sie wohl weiter auf 25,3 % im Jahr 2024 sinken. Damit wäre sie dann um 0,4 Prozentpunkte höher als im Jahr 2019, also vor der Corona-Pandemie. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften im laufenden Jahr in etwa stagnieren und im kommenden Jahr um 2,1 % ausgeweitet werden.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** wird durch das anhaltend kräftige nominelle Wachstum sowie durch die aktive Wirtschaftspolitik geprägt. Diskretionäre Maßnahmen zielen weiterhin darauf ab, die Folgen hoher Inflation und Energiekosten für Haushalte und Unternehmen abzufedern. Das Institut erwartet heuer ein Defizit von 2,9 % des BIP. Unter der Annahme sinkender Ausgaben sollte das Defizit im Jahr 2024 auf 2,3 % zurückgehen.

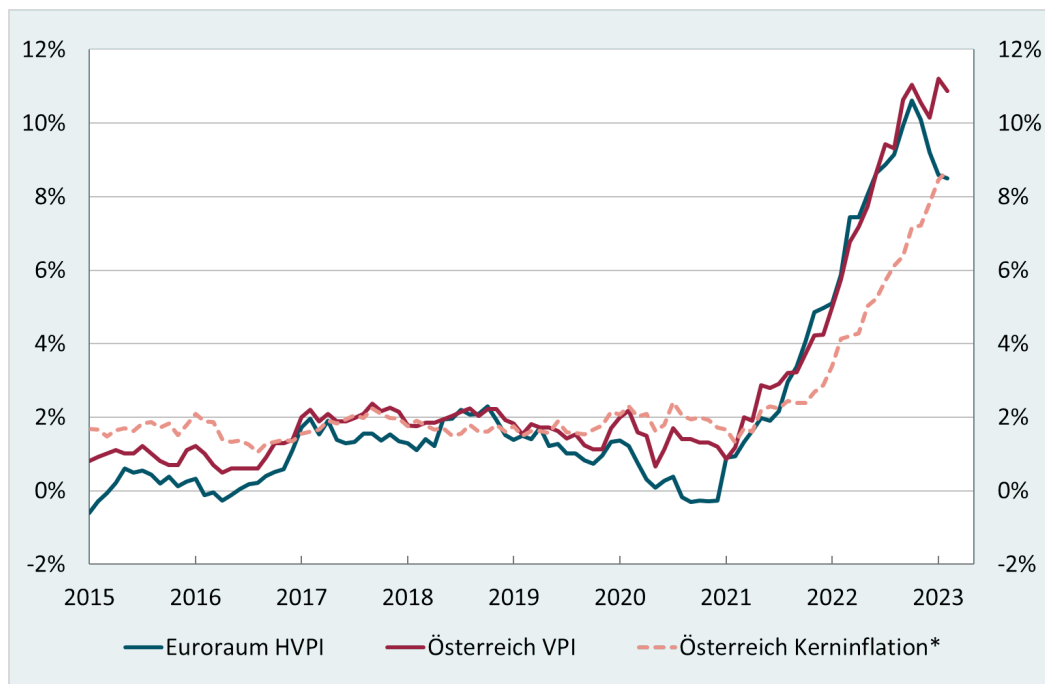
Die Dynamik der öffentlichen Einnahmen wird im heurigen Jahr durch die Absenkung der Einkommensteuertarifstufen im Rahmen der ökosozialen Steuerreform und die erstmalig durchgeführte Abgeltung der kalten Progression gedämpft. Auch bei kräftigem nominellen Lohnwachstum stagniert voraussichtlich die Lohnsteuerquote. Hingegen profitieren die Einnahmen aus indirekten Steuern, wie der Mehrwertsteuer, weiterhin von der Preisdynamik und steigender Konsumnachfrage aufgrund höherer Reallöhne im nächsten Jahr. Ausgabenseitig belasten eine Zahl neuerlicher diskretionärer Maßnahmen weiter das Budget. Für den Energiekostenzuschuss an Unternehmen wurde eine Aufstockung der Mittel und Verlängerung der Laufzeit beschlossen. Insgesamt sollen für die Jahre 2022 bis 2024 bis zu 7 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt werden. Die budgetären Kosten hängen sehr stark von der tatsächlichen Entwicklung der Energiepreise ab. Bei rückläufigen Preisen werden die Mittel nicht ausgeschöpft werden. Dies gilt ebenso für die Kosten der Strompreispbremse für private Haushalte. Zur Entlastung mietender Haushalte wurde im März 2023 eine Aufstockung der Bundesmittel für Wohn- und Heizkostenzuschüsse und Delogierungsprävention um 250 Mio. Euro beschlossen, die durch die Bundesländer vergeben werden sollen. Das Institut mahnt eine sozialpolitisch treffsichere Verwendung dieser Mittel an.

Die Budgetprognose ist mit anhaltend großen Unsicherheiten behaftet. Die tatsächlichen Kosten einer Vielzahl von Antiteuerungsmaßnahmen lassen sich aufgrund sehr volatiler Marktpreise, z. B. für Energie, nur schwerlich abschätzen. Die Bundesregierung könnte bei anhaltend hohen Teuerungsraten auch zu weiteren Unterstützungsmaßnahmen geneigt sein. Unsicherheiten herrschen auch weiterhin mit Blick auf die fiskalischen Folgen des Kriegs gegen die Ukraine. Das Institut mahnt wiederholt an, die fiskalische Nachhaltigkeit nicht aus dem Blick zu verlieren. Reformen wie die ökosoziale Steuerreform und die Abgeltung der kalten Progression schwächen das Wachstum der Einnahmen auf der einen Seite. Ausgabenseitig treten die Effekte hoher Inflation erst verzögert auf. Die Anpassung der Löhne, von Pensionen und indexierten Sozialleistungen erfolgt zeitversetzt. Die budgetären Belastungen werden zunehmen, auch wenn die Teuerung nachlässt. Dieser nachteiligen Entwicklung sollte entgegengewirkt werden. Zukünftige budgetäre Belastungen zeichnen sich mit Blick auf eine alternde Gesellschaft und ökosoziale Reformen bereits heute deutlich ab.

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** sind im Jahr 2022 um 4,9 % gestiegen, stärker als die Tariflöhne mit 3,1 %. Die hohe Inflation minderte allerdings die Kaufkraft erheblich; so sanken die Reallöhne um gut 3 %. Im laufenden Jahr dürften die Effektivlöhne um 7,5 % ansteigen. Unter Berücksichtigung der Inflation bedeutet dies eine Stagnation der Reallöhne. Da bei den Verhandlungen über die Löhne neben der Entwicklung der Produktivität typischer Weise die vergangene („rollierende“) Inflationsentwicklung als Diskussionsgrundlage herangezogen wird, geht das Institut für

das Jahr 2024 von einem Lohnzuwachs von 6,3 % aus. Die dann bereits niedrigeren Inflationsraten implizieren einen Reallohnzuwachs von 2,7 %. Eine Lohn-Preis-Spirale ist damit gegenwärtig nicht auszumachen, allerdings wirken die Lohnentwicklungen einem zügigeren Abflachen der Inflation entgegen.

Abbildung 12: Inflation in Österreich und im Euroraum

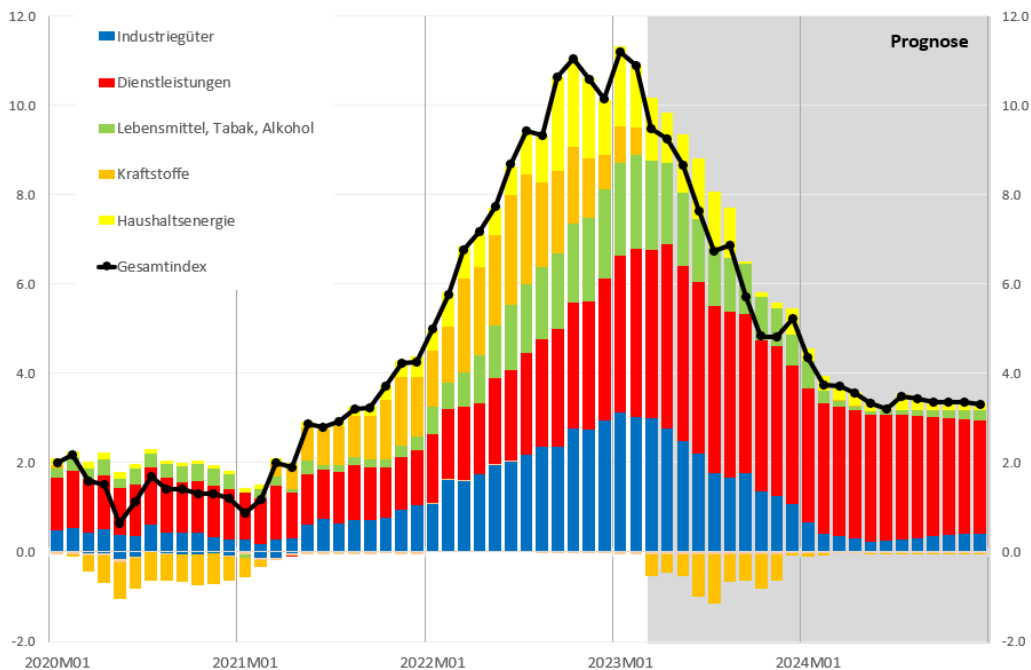


*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich
 Quellen: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen

Getrieben von den Energiepreisen betrug die **Inflation** (laut VPI) im Jahresdurchschnitt 2022 8,6 %. Im Jahresverlauf hat sich die Inflation deutlich beschleunigt und an Breite (etwa Nahrungsmittel, Gastronomie) gewonnen. Während sich der Preisauftrieb im Euroraum zur Jahreswende aufgrund nachlassender Energiepreise merklich verlangsamt hat, betrug die heimische Inflation in den ersten beiden Monaten noch rund 11 %. Neben der verzögerten Weitergabe der Energiepreiserhöhungen (vor allem bei der Fernwärme mit 89 % im Jänner und Februar 2023) ist insbesondere die Entwicklung der Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) bedenklich. So sind etwa bei dem überproportional relevanten Warenkorbaggregat der Bewirtschaftsdienstleistungen die Preise um mehr als 13 % angestiegen, im Euroraum um nur 8,6 %. Die Treibstoffpreise sind im März 2022, also unmittelbar nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine, auf über 2 Euro angestiegen; derzeit liegen sie um ca. 40 Cent darunter. Somit dürfte allein der Basiseffekt bei den Kraftstoffpreisen ab März 2023 spürbar inflationsdämpfend ausfallen. Die rückläufigen internationalen Energie- und Rohstoffpreise sowie die fortschreitende Entspannung bei den globalen Lieferketten stellen weitere

preisdämpfende Faktoren dar. Dem wirken Zweitrundeneffekte und steigende Lohnstückkosten entgegen. Relativ gesehen werden die Dienstleistungspreise an Bedeutung gewinnen. Ausgehend von den hohen Werten zu Jahresbeginn muss die Inflationsprognose für den Jahresdurchschnitt 2023 auf 7,5 % angehoben werden. Im Jahresschnitt 2024 wird die Inflationsrate voraussichtlich auf 3,5 % zurückgehen.

Abbildung 13: Beiträge der Komponenten zur Inflation in Österreich
Inflationsrate in Prozent; Inflationsbeträge in Prozentpunkten



Prognose basiert auf Subaggregaten des VPI; es kann zu Rundungsdifferenzen bei Summenbildung kommen.

Quellen: Statistik Austria, ab März 2023 Prognose des IHS

Die Teuerungsrate Österreichs liegt derzeit 2,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate im Euroraum von zuletzt 8,5 %. Getrieben wird dies von nahezu allen Bereichen. So tragen das Inflationsdifferential der Energie einen Prozentpunkt, das der Dienstleistungen 1,4 Prozentpunkte und jenes der Güter 0,8 Prozentpunkte zur höheren Inflationsrate in Österreich bei. Lediglich der Bereich Lebensmittel reduziert den Abstand zum Euroraum (-0,7 Prozentpunkte). Das Institut erwartet für den Euroraum Inflationsraten von 5,6 % bzw. 2,5 % für die Jahre 2023 und 2024.

Bisher hat sich die Arbeitsmarktlage trotz der Konjunkturabkühlung nicht verschlechtert. Die Beschäftigung legt weiter zu und die Arbeitslosigkeit ist im Vorjahresvergleich noch rückläufig. Im weiteren Jahresverlauf wird die wirtschaftliche Stagnation wohl auch am Arbeitsmarkt ihre Spuren hinterlassen, allerdings sollte die Lage im historischen Vergleich sehr robust bleiben. In beiden Prognosejahren dürfte das Beschäftigungswachstum rund 1 % betragen. Im laufenden Jahr wird die Zahl der

vorgemerkten Arbeitslosen voraussichtlich auf niedrigem Niveau stagnieren und könnte nächstes Jahr leicht zurückgehen. Folglich werden für die Jahre 2023 und 2024 durchschnittliche Arbeitslosenquoten von 6,3 % bzw. 6,2 % erwartet. Dabei wird davon ausgegangen, dass die aktive Arbeitsmarktpolitik weiterhin dem qualifikatorischen und regionalen Mis-Match am Arbeitsmarkt entgegenwirkt, und dass es in guter sozialpartnerschaftlicher Tradition gelingt, bei den Lohnverhandlungen das richtige Maß zwischen Erhaltung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und Kaufkraftsicherung zu finden.

Bisher hinterlässt die Konjunkturertrübung kaum Spuren am Arbeitsmarkt. So lag im Februar die Zahl der Aktiv-**Beschäftigten** um 65.500 Personen bzw. 1,7 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. In sektoraler Betrachtung legten die Sachgüterproduktion um 2,2 % und der Dienstleistungsbereich um 1,8 % zu, hingegen ist die Beschäftigung am Bau um 0,3 % zurückgegangen. Im Vergleich zur Beschäftigung vor Corona zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Branchen. Während die Zahl der Beschäftigten seit Februar 2020 in den Bereichen Information und Kommunikation (20,1 %), Elektro/Elektronik (14,9 %), Gesundheits- und Sozialwesen (13,7 %) und am Bau (11,1 %) kräftig zugelegt hat, liegt sie in den Bereichen Textil (-16,8 %), Bergbau (-4,6 %), Herstellung von Glas/Möbel (-4,6 %), Holz/Papier (-2,0 %), persönliche Dienstleistungen (-1,2 %) und Finanz- und Versicherungen (-1,0 %) unter dem Vorkrisenniveau.

In den letzten Monaten hat die Beschäftigung noch merklich expandiert. Die Konjunkturschwäche dürfte die Beschäftigungsdynamik in den kommenden Monaten aber etwas bremsen. Darauf deutet auch die nachlassende Dynamik bei den offenen Stellen hin. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut nunmehr für den Jahresdurchschnitt 2023 ein Beschäftigungswachstum von 1,0 %. Im nächsten Jahr sollte die Beschäftigung um weitere 0,9 % zulegen.

Im Februar lag die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 8.600 Personen bzw. 2,8 % unter dem Vorjahresniveau. Dabei entfiel der Großteil des Rückgangs auf die Frauen. Während die Arbeitslosigkeit in den Bereichen wirtschaftsnahe Dienstleistungen und Handel überdurchschnittlich fiel, erhöhte sich die Arbeitslosenzahl am Bau. In saisonbereinigter Betrachtung belief sich die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen auf knapp 260.000 Personen, dieser Wert ist seit November stabil. Infolge der konjunkturellen Stagnation dürfte die Arbeitslosenzahl in den kommenden Monaten leicht zulegen. Nunmehr erwartet das Institut für den Durchschnitt des laufenden Jahres einen Bestand von 266.000 als arbeitslos vorgemerkten Personen. Im kommenden Jahr könnte die Arbeitslosenzahl auf 262.000 Personen zurückgehen. Die (nationale) Arbeitslosenquote wird im laufenden Jahr folglich weiterhin 6,3 % betragen und könnte im nächsten Jahr auf 6,2 % zurückgehen. Für die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition werden Werte von 4,9 % bzw. 4,8 % erwartet, nach 4,8 % im Vorjahr.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis Februar 2023*Veränderungen gegenüber dem Vorjahr*

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	66.313	1,7 %
Männer	28.635	1,4 %
Frauen	37.678	2,1 %
Aktiv-Beschäftigte ⁱ	69.689	1,8 %
Primärer Sektor	1.883	2,7 %
Sachgüterproduktion	13.834	2,2 %
Bau	63	0,0 %
Dienstleistungssektor	53.848	1,9 %
Arbeitslose gesamt	-12.226	-3,8 %
Männer	-3.035	-1,6 %
Frauen	-9.191	-7,3 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	1.238	1,7 %

ⁱ ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quellen: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Die Prognose zeichnet ein recht optimistisches Bild von der Arbeitsmarktentwicklung. Es wird davon ausgegangen, dass die konjunkturelle Abschwächung primär die Zahl der offenen Stellen reduziert und nicht zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit führt, wie es in der Vergangenheit oft der Fall war. Hierbei ist auch der demografisch bedingt nur verhaltene Anstieg des Arbeitskräfteangebots zu beachten.

Gegenwärtig ist die Lage am Arbeitsmarkt äußerst günstig. Die Beschäftigung expandiert und die Arbeitslosenquote (laut nationaler Definition) ist so niedrig wie vor der Finanzkrise 2008/2009. Unterstützt von der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist die Langzeitarbeitslosigkeit merklich gefallen. Allerdings sind weiterhin Maßnahmen zur Hebung der fachlichen Qualifikation der Arbeitskräfte und wohl auch zur Förderung der räumlichen Mobilität notwendig, um die strukturelle Arbeitslosigkeit zu senken. Nach der Corona-Pandemie ist der Bestand an offenen Stellen deutlich angestiegen. Damit gewinnen Maßnahmen zur Stärkung des Arbeitskräftepotenzials an Dringlichkeit, insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Defizite gibt es hinsichtlich der Maßnahmen, die bereits frühzeitig dem Entstehen von Problemen am Arbeitsmarkt entgegenwirken. Anzusetzen wäre etwa im Bildungsbereich, aber auch bei den Arbeitsbedingungen. Weiters erscheinen verstärkte Anstrengungen zur Integration

von Flüchtlingen am Arbeitsmarkt sinnvoll. Ein weiterer Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen würde eine Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit erleichtern. Altersadäquate Arbeitsbedingungen sind wohl eine Voraussetzung für einen späteren Pensionsantritt. Letztlich ist auch eine selektive Zuwanderungspolitik notwendig, um den Arbeitskräftebedarf auch in der Zukunft zu decken.

5 Monetäre Prognose

Aufgrund der nach wie vor hohen Inflation wurden die Leitzinsen vielerorts weiter angehoben. Im Februar und im März hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Leitzinsen um jeweils 0,5 Prozentpunkte erhöht. Damit liegt der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Euroraum bei 3,5 %. In den USA beträgt das Zielband für Taggeld 4,75 % bis 5 % und im Vereinigten Königreich liegt der Repo-Satz bei 4,25 %. Trotz der jüngsten Turbulenzen im Bankensektor werden weitere Zinserhöhungen der Notenbanken erwartet. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, betrug im Februar 8,5 % und ist somit seit dem Höhepunkt im vergangenen Oktober (10,6 %) rückläufig. Die jüngsten Inflationsraten liegen allerdings noch markant über der Zielmarke der EZB von 2 % und es wird nur von einer langsamen Entspannung bei den Preissteigerungen ausgegangen. Für die Jahresdurchschnitte 2023 und 2024 erwartet das Institut für den Euroraum Inflationsraten von 5,6 % bzw. 2,5 %.

Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2020	0	0 – 0,25	0,10	–0,75	–0,1
Ende 2021	0	0 – 0,25	0,25	–0,75	–0,1
Ende 2022	2,5	4,25 – 4,5	3,5	1	–0,1
24.3.2023	3,5	4,75 – 5	4,25	1,5	–0,1

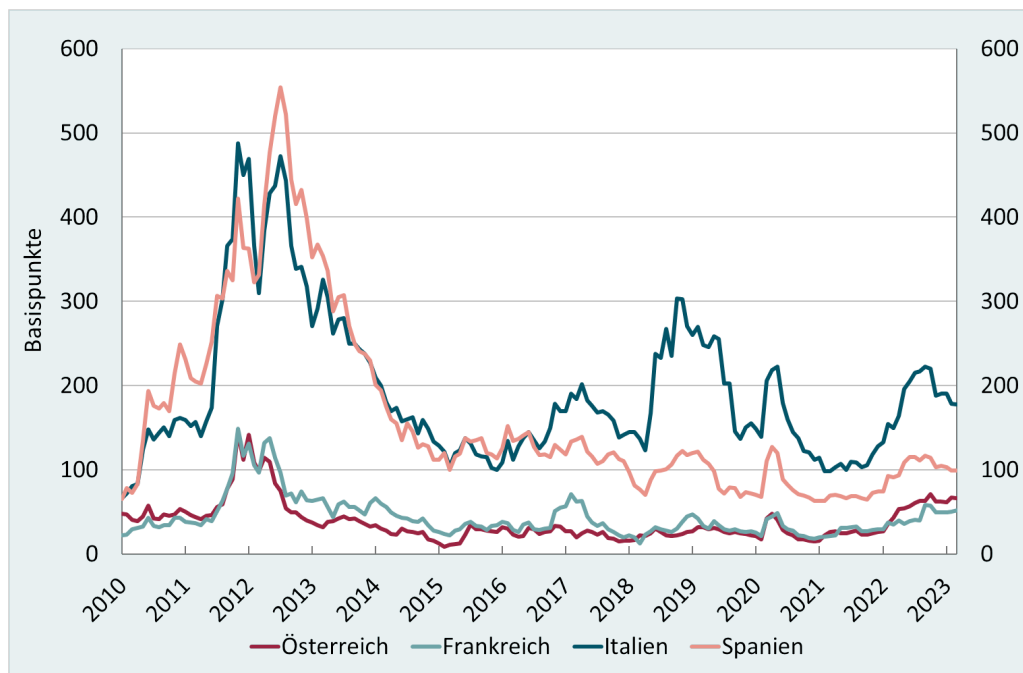
Quellen: Nationale Zentralbanken, Refinitiv Datastream

Nach ihren Leitzinsanhebungen um insgesamt 3,5 Prozentpunkte seit Juli vergangenen Jahres hat die EZB weitere Zinserhöhungen in Aussicht gestellt. Im regulären Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) erfolgt seit Anfang März eine Reduktion der Bestände, bis Ende Juni soll der Wertpapierbestand um etwa 15 Mrd. Euro pro Monat abgebaut werden. Das Tempo des weiteren Abbaus wird erst festgelegt. Im Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) sind Wiederveranlagungen noch bis Ende 2024 geplant. Insgesamt betragen die gegenwärtigen Bestände im Rahmen des APP und PEPP rund 3.250 bzw. 1.680 Mrd. Euro.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Gefolge höherer Leitzinsen gestiegen und der 3-Monats-Euribor notierte im Durchschnitt des ablaufenden Quartals bei 2,6 %. Damit ist er gegenüber dem Vorquartal und dem Vorjahresquartal um rund 85 bzw. 315 Basispunkte gestiegen. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut im Einklang mit der Zinspolitik der EZB höhere Geldmarktzinsen. Der 3-Monats-Euribor sollte in den Jahren 2023 und 2024 durchschnittlich 3,6 % bzw. 3,9 % betragen.

Die Renditen von Staatsanleihen steigen seit dem Herbst 2021 tendenziell, sind allerdings seit vergangenem Sommer auch immer wieder zurückgegangen. Im ablaufenden Quartal notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zu durchschnittlich 3,0 % bzw. 2,3 %. Dies bedeutet einen Anstieg der Renditen um rund 20 Basispunkte im Vergleich zum Vorquartal und einen deutlich kräftigeren Anstieg um 250 bzw. 220 Basispunkte im Vergleich zum Vorjahresquartal.

Abbildung 14: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland



Quellen: Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

Deutsche Bundesanleihen gelten als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hochhält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Seit November 2021 haben sich die Spreads (Renditeabstände) gegenüber Deutschland ausgeweitet (Abbildung 14), sind jedoch seit Herbst vergangenen Jahres wieder leicht zurückgegangen. Das Institut rechnet damit, dass die Renditeniveaus von Staatsanleihen im Einklang mit der Erwartung höherer Leitzinsen in der Prognoseperiode leicht ansteigen. Für die Jahre 2023 und 2024 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 3,4 % bzw. 3,7 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des ersten Quartals 2023 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,07 USD/EUR. Damit hat der Euro gegenüber dem Vorquartal um etwa 5 % aufgewertet und gegenüber dem Vorjahresquartal um rund 4 % abgewertet. Für die

Jahre 2023 und 2024 erwartet das Institut durchschnittliche Jahreskurse von jeweils 1,08 USD/EUR.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2023 und 2024 fällt wie folgt aus. Die gesamten Einlagen sollten um 5,0 % bzw. 4,8 % steigen. Die Spareinlagen dürften um 1,0 % bzw. 1,7 % wachsen. Für das Kreditvolumen prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 4,5 % bzw. 4,2 %.

6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	359,049 2,3%	367,757 2,4%	373,337 1,5%	349,242 -6,5%	365,157 4,6%	383,403 5,0%	385,168 0,5%	390,706 1,4%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	369,362 3,3%	385,274 4,3%	397,170 3,1%	381,042 -4,1%	406,149 6,6%	447,653 10,2%	478,451 6,9%	503,457 5,2%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	102,872 1,0%	104,763 1,8%	106,384 1,5%	109,106 2,6%	111,226 1,9%	116,758 5,0%	124,219 6,4%	128,858 3,7%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	95,194 2,1%	97,135 2,0%	98,614 1,5%	100,000 1,4%	102,800 2,8%	111,600 8,6%	119,970 7,5%	124,169 3,5%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	49,281 1,5%	50,566 2,6%	51,838 2,5%	52,780 1,8%	53,921 2,2%	56,373 4,5%	60,601 7,5%	64,388 6,3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3883,016 1,0%	3917,963 0,9%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,313 0,013	6,176 -0,138

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
PRIVATER KONSUM	187,777 2,0%	189,856 1,1%	190,899 0,5%	175,577 -8,0%	181,818 3,6%	189,326 4,1%	190,395 0,6%	193,747 1,8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	69,825 0,8%	70,718 1,3%	71,621 1,3%	71,282 -0,5%	76,860 7,8%	79,105 2,9%	78,117 -1,3%	77,531 -0,7%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	84,955 4,2%	88,655 4,4%	92,665 4,5%	87,715 -5,3%	95,381 8,7%	94,531 -0,9%	93,841 -0,7%	94,790 1,0%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	4,450 1,2	6,054 1,6	1,311 0,4	2,075 0,6	4,798 1,3	3,550 0,9	4,300 1,1	5,300 1,4
INLANDSNACHFRAGE	347,044 2,4%	355,419 2,4%	356,893 0,4%	337,170 -5,5%	358,969 6,5%	366,032 2,0%	366,231 0,1%	371,059 1,3%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	11,947 3,3	12,291 3,3	16,489 4,4	11,895 3,4	5,576 1,5	17,275 4,5	18,836 4,9	19,547 5,0
BIP ZU MARKTPREISEN	359,049 2,3%	367,757 2,4%	373,337 1,5%	349,242 -6,5%	365,157 4,6%	383,403 5,0%	385,168 0,5%	390,706 1,4%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
PRIVATER KONSUM	1,023	0,581	0,285	-4,138	1,783	2,059	0,286	0,900
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,154	0,249	0,247	-0,092	1,649	0,634	-0,256	-0,147
BRUTTOINVESTITIONEN	1,086	1,505	-0,185	-1,210	2,922	-0,566	0,035	0,577
ANLAGEINVESTITIONEN	0,978	1,029	1,090	-1,331	2,186	-0,236	-0,188	0,258
LAGERVERÄNDERUNGEN	0,095	0,436	-1,278	0,253	0,836	-0,339	0,352	0,439
EXPORTE I.W.S.	2,567	2,810	2,210	-5,939	4,951	6,209	1,025	1,950
WAREN	1,803	1,817	1,343	-2,824	4,754	3,088	0,440	1,295
DIENSTLEISTUNGEN	0,764	0,993	0,867	-3,115	0,197	3,117	0,585	0,656
IMPORTE I.W.S.	-2,569	-2,721	-1,095	4,811	-6,665	-3,168	-0,654	-1,866
WAREN	-1,544	-1,563	-0,108	2,323	-5,098	-1,161	-0,309	-1,406
DIENSTLEISTUNGEN	-1,026	-1,158	-0,987	2,488	-1,567	-2,007	-0,345	-0,459
BRUTTOINLANDSPRODUKT	2,259	2,425	1,517	-6,454	4,557	4,997	0,460	1,438

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,5	7,7	8,6	13,3	12,0	7,6	7,2	7,6
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,3	0,2	0,9	4,7	-1,4	-4,3	-0,4	0,3
INVESTITIONSQUOTE	23,6	24,1	24,9	25,0	26,5	25,7	25,6	25,3
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,5	0,5	0,8	0,1	1,5	-0,7	-0,2	-0,3
REALZINSSATZ	-0,42	-1,16	-1,49	-2,78	-1,95	-3,26	-3,03	0,01
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,05	-0,74	-0,33	-1,30	0,83	-1,30	0,23	3,04
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	103,22 2,2%	105,41 2,1%	106,98 1,5%	108,47 1,4%	111,46 2,8%	121,07 8,6%	130,15 7,5%	134,71 3,5%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,707 -0,3%	47,982 0,6%	48,361 0,8%	48,602 0,5%	48,513 -0,2%	47,029 -3,1%	47,072 0,1%	48,323 2,7%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	10,049 0,2%	10,045 0,0%	10,036 -0,1%	9,584 -4,5%	9,778 2,0%	9,973 2,0%	9,919 -0,5%	9,972 0,5%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	128,989 1,2%	132,400 2,6%	135,854 2,6%	144,843 6,6%	145,037 0,1%	148,676 2,5%	160,686 8,1%	169,823 5,7%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	5,9	5,2	4,8	6,1	6,2	4,8	4,9	4,8
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,5	-0,7	-0,4	1,3	0,1	-1,4	0,1	-0,1
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	-0,8	0,2	0,6	-8,0	-5,9	-3,1	-2,9	-2,3
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,7	1,0	0,4	-8,6	2,1	2,8	0,3	0,6

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	186,016 3,7%	191,859 3,1%	196,132 2,2%	182,149 -7,1%	193,055 6,0%	217,050 12,4%	234,277 7,9%	246,720 5,3%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,933 5,2%	8,228 3,7%	8,618 4,7%	9,016 4,6%	9,480 5,1%	9,815 3,5%	10,412 6,1%	10,832 4,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,986 2,4%	74,510 3,5%	77,287 3,7%	80,284 3,9%	88,094 9,7%	91,796 4,2%	94,048 2,5%	97,310 3,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	91,744 5,8%	99,117 8,0%	100,677 1,6%	97,725 -2,9%	112,827 15,5%	122,636 8,7%	131,275 7,0%	138,290 5,3%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	48,211 6,3%	50,348 4,4%	53,637 6,5%	50,410 -6,0%	56,911 12,9%	59,146 3,9%	61,808 4,5%	64,305 4,0%
BAUINVESTITIONEN	39,064 4,9%	42,484 8,8%	45,311 6,7%	44,887 -0,9%	50,628 12,8%	56,035 10,7%	60,438 7,9%	62,855 4,0%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,001 -0,001	-0,001 0,000	0,045 0,046	0,430 0,385	0,343 -0,086	-0,135 -0,478	-0,139 -0,004	-0,139 0,000
INLANDSNACHFRAGE	357,677 4,0%	373,713 4,5%	382,759 2,4%	369,604 -3,4%	403,800 9,3%	441,162 9,3%	469,873 6,5%	493,013 4,9%
EXPORTE I.W.S.	199,644 6,5%	213,682 7,0%	221,451 3,6%	196,667 -11,2%	227,038 15,4%	272,124 19,9%	287,479 5,6%	301,719 5,0%
IMPORTE I.W.S.	187,960 8,2%	202,120 7,5%	207,040 2,4%	185,228 -10,5%	224,690 21,3%	265,633 18,2%	278,900 5,0%	291,275 4,4%
BIP ZU MARKTPREISEN	369,362 3,3%	385,274 4,3%	397,170 3,1%	381,042 -4,1%	406,149 6,6%	447,653 10,2%	478,451 6,9%	503,457 5,2%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	180,075 1,9%	182,058 1,1%	182,976 0,5%	167,730 -8,3%	173,693 3,6%	181,072 4,2%	181,978 0,5%	185,162 1,8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,702 3,9%	7,797 1,2%	7,922 1,6%	7,838 -1,1%	8,116 3,5%	8,254 1,7%	8,419 2,0%	8,588 2,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	69,825 0,8%	70,718 1,3%	71,621 1,3%	71,282 -0,5%	76,860 7,8%	79,105 2,9%	78,117 -1,3%	77,531 -0,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	89,448 4,5%	94,870 6,1%	94,188 -0,7%	89,690 -4,8%	99,909 11,4%	97,874 -2,0%	98,000 0,1%	100,061 2,1%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	47,435 5,5%	49,025 3,4%	51,615 5,3%	48,028 -7,0%	53,461 11,3%	53,032 -0,8%	53,032 0,0%	54,093 2,0%
BAUINVESTITIONEN	37,526 2,7%	39,625 5,6%	41,060 3,6%	39,649 -3,4%	41,968 5,8%	41,552 -1,0%	40,929 -1,5%	40,929 0,0%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,052 0,050	0,024 -0,028	0,141 0,118	0,806 0,665	1,002 0,196	-0,177 -1,179	-0,183 -0,006	-0,183 0,000
INLANDSNACHFRAGE	347,044 2,4%	355,419 2,4%	356,893 0,4%	337,170 -5,5%	358,969 6,5%	366,032 2,0%	366,231 0,1%	371,059 1,3%
EXPORTE I.W.S.	197,450 4,9%	207,714 5,2%	215,991 4,0%	192,984 -10,7%	211,497 9,6%	234,987 11,1%	238,949 1,7%	246,706 3,2%
IMPORTE I.W.S.	185,504 5,3%	195,424 5,3%	199,503 2,1%	181,090 -9,2%	205,920 13,7%	217,712 5,7%	220,113 1,1%	227,158 3,2%
BIP ZU MARKTPREISEN	359,049 2,3%	367,757 2,4%	373,337 1,5%	349,242 -6,5%	365,157 4,6%	383,403 5,0%	385,168 0,5%	390,706 1,4%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	103,299 1,8%	105,383 2,0%	107,190 1,7%	108,596 1,3%	111,147 2,3%	119,869 7,8%	128,739 7,4%	133,245 3,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	103,095 1,6%	105,362 2,2%	107,910 2,4%	112,628 4,4%	114,616 1,8%	116,043 1,2%	120,395 3,8%	125,511 4,3%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	102,730 1,4%	104,711 1,9%	106,780 2,0%	108,643 1,7%	112,746 3,8%	121,844 8,1%	130,268 6,9%	134,149 3,0%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	101,636 0,7%	102,699 1,0%	103,917 1,2%	104,961 1,0%	106,453 1,4%	111,529 4,8%	116,548 4,5%	118,879 2,0%
BAUINVESTITIONEN	104,099 2,2%	107,216 3,0%	110,352 2,9%	113,211 2,6%	120,634 6,6%	134,854 11,8%	147,666 9,5%	153,572 4,0%
INLANDSNACHFRAGE	103,064 1,6%	105,147 2,0%	107,247 2,0%	109,620 2,2%	112,489 2,6%	120,525 7,1%	128,300 6,5%	132,866 3,6%
EXPORTE I.W.S.	101,111 1,6%	102,873 1,7%	102,528 -0,3%	101,908 -0,6%	107,348 5,3%	115,804 7,9%	120,310 3,9%	122,299 1,7%
IMPORTE I.W.S.	101,324 2,8%	103,427 2,1%	103,778 0,3%	102,285 -1,4%	109,115 6,7%	122,011 11,8%	126,708 3,8%	128,225 1,2%
BIP ZU MARKTPREISEN	102,872 1,0%	104,763 1,8%	106,384 1,5%	109,106 2,6%	111,226 1,9%	116,758 5,0%	124,219 6,4%	128,858 3,7%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
WARENEXPORTE	140,060 6,5%	149,248 6,6%	152,776 2,4%	139,930 -8,4%	167,969 20,0%	197,046 17,3%	206,479 4,8%	215,332 4,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	43,292 7,3%	46,977 8,5%	50,480 7,5%	46,352 -8,2%	51,764 11,7%	60,251 16,4%	62,617 3,9%	66,269 5,8%
REISEVERKEHR	16,293 4,9%	17,457 7,1%	18,194 4,2%	10,385 -42,9%	7,305 -29,7%	14,827 103,0%	18,382 24,0%	20,118 9,4%
EXPORTE I.W.S.	199,644 6,5%	213,682 7,0%	221,451 3,6%	196,667 -11,2%	227,038 15,4%	272,124 19,9%	287,479 5,6%	301,719 5,0%
WARENIMPORTE	138,912 7,8%	148,064 6,6%	148,339 0,2%	136,466 -8,0%	168,236 23,3%	197,656 17,5%	207,001 4,7%	215,331 4,0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	40,492 9,3%	44,826 10,7%	49,048 9,4%	45,260 -7,7%	50,700 12,0%	58,359 15,1%	60,711 4,0%	64,189 5,7%
REISEVERKEHR	8,556 9,6%	9,230 7,9%	9,652 4,6%	3,502 -63,7%	5,754 64,3%	9,618 67,2%	11,188 16,3%	11,754 5,1%
IMPORTE I.W.S.	187,960 8,2%	202,120 7,5%	207,040 2,4%	185,228 -10,5%	224,690 21,3%	265,633 18,2%	278,900 5,0%	291,275 4,4%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
WARENEXPORTE	139,385 4,9%	146,063 4,8%	151,128 3,5%	140,032 -7,3%	158,161 12,9%	169,971 7,5%	171,670 1,0%	176,821 3,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	42,397 5,8%	45,312 6,9%	48,146 6,3%	43,976 -8,7%	47,894 8,9%	53,729 12,2%	54,212 0,9%	55,974 3,3%
REISEVERKEHR	15,672 2,6%	16,337 4,2%	16,712 2,3%	9,365 -44,0%	6,317 -32,5%	11,809 86,9%	13,462 14,0%	14,270 6,0%
EXPORTE I.W.S.	197,450 4,9%	207,714 5,2%	215,991 4,0%	192,984 -10,7%	211,497 9,6%	234,987 11,1%	238,949 1,7%	246,706 3,2%
WARENIMPORTE	137,086 4,3%	142,783 4,2%	143,185 0,3%	134,280 -6,2%	153,394 14,2%	157,693 2,8%	158,797 0,7%	163,958 3,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	39,995 7,9%	43,600 9,0%	47,121 8,1%	43,529 -7,6%	47,253 8,6%	52,459 11,0%	52,984 1,0%	54,706 3,3%
REISEVERKEHR	8,391 9,3%	9,008 7,3%	9,185 2,0%	3,339 -63,7%	5,341 60,0%	7,724 44,6%	8,496 10,0%	8,666 2,0%
IMPORTE I.W.S.	185,504 5,3%	195,424 5,3%	199,503 2,1%	181,090 -9,2%	205,920 13,7%	217,712 5,7%	220,113 1,1%	227,158 3,2%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
WARENEXPORTE	100,484 1,5%	102,180 1,7%	101,090 -1,1%	99,927 -1,2%	106,201 6,3%	115,929 9,2%	120,277 3,8%	121,780 1,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	102,112 1,4%	103,674 1,5%	104,849 1,1%	105,402 0,5%	108,082 2,5%	112,139 3,8%	115,504 3,0%	118,391 2,5%
REISEVERKEHR	103,957 2,3%	106,858 2,8%	108,868 1,9%	110,898 1,9%	115,642 4,3%	125,559 8,6%	136,545 8,8%	140,983 3,3%
EXPORTE I.W.S.	101,111 1,6%	102,873 1,7%	102,528 -0,3%	101,908 -0,6%	107,348 5,3%	115,804 7,9%	120,310 3,9%	122,299 1,7%
WARENIMPORTE	101,332 3,4%	103,699 2,3%	103,600 -0,1%	101,628 -1,9%	109,676 7,9%	125,342 14,3%	130,356 4,0%	131,334 0,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	101,243 1,2%	102,811 1,5%	104,090 1,2%	103,976 -0,1%	107,294 3,2%	111,247 3,7%	114,585 3,0%	117,335 2,4%
REISEVERKEHR	101,964 0,3%	102,472 0,5%	105,077 2,5%	104,892 -0,2%	107,724 2,7%	124,522 15,6%	131,682 5,8%	135,633 3,0%
IMPORTE I.W.S.	101,324 2,8%	103,427 2,1%	103,778 0,3%	102,285 -1,4%	109,115 6,7%	122,011 11,8%	126,708 3,8%	128,225 1,2%
TERMS OF TRADE, GESAMT	99,790 -1,2%	99,464 -0,3%	98,795 -0,7%	99,631 0,8%	98,381 -1,3%	94,913 -3,5%	94,950 0,0%	95,378 0,5%
TERMS OF TRADE, GÜTER	99,164 -1,8%	98,536 -0,6%	97,578 -1,0%	98,326 0,8%	96,832 -1,5%	92,490 -4,5%	92,268 -0,2%	92,726 0,5%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
IMPORTQUOTE, GESAMT	50,888	52,461	52,129	48,611	55,322	59,339	58,292	57,855
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	2,312	1,574	-0,333	-3,518	6,711	4,017	-1,047	-0,437
IMPORTQUOTE, GÜTER	37,609	38,431	37,349	35,814	41,422	44,154	43,265	42,771
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,576	0,822	-1,082	-1,535	5,608	2,732	-0,889	-0,494
EXPORTQUOTE, GESAMT	54,051	55,462	55,757	51,613	55,900	60,789	60,085	59,929
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,645	1,411	0,295	-4,144	4,287	4,889	-0,704	-0,156
EXPORTQUOTE, GÜTER	37,919	38,738	38,466	36,723	41,356	44,018	43,156	42,771
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,141	0,819	-0,272	-1,743	4,634	2,661	-0,862	-0,385

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5625,702 0,2%	5629,901 0,1%	5631,117 0,0%	5630,493 0,0%	5627,103 -0,1%	5643,344 0,3%	5642,649 0,0%	5637,694 -0,1%
ERWERBSQUOTE	79,728 1,0%	80,769 1,3%	81,595 1,0%	82,096 0,6%	82,431 0,4%	82,948 0,6%	83,678 0,9%	84,348 0,8%
ERWERBSPERSONEN	4485,272 1,3%	4547,191 1,4%	4594,732 1,0%	4622,403 0,6%	4638,482 0,3%	4681,063 0,9%	4721,675 0,9%	4755,269 0,7%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3687,409 0,3%	3698,440 0,3%	3698,881 0,0%	3704,422 0,1%	3685,044 -0,5%	3661,341 -0,6%	3643,318 -0,5%	3649,953 0,2%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	797,863 5,9%	848,751 6,4%	895,851 5,5%	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1019,722 7,0%	1078,356 5,8%	1105,315 2,5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	490,000 1,3%	493,600 0,7%	496,100 0,5%	495,600 -0,1%	501,800 1,3%	504,309 0,5%	505,570 0,3%	508,098 0,5%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3995,272 1,3%	4053,591 1,5%	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4176,754 1,0%	4216,105 0,9%	4247,171 0,7%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3883,016 1,0%	3917,963 0,9%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	82,208 -2,6%	80,357 -2,3%	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,063 -2,1%	66,922 -3,1%	66,922 0,0%
ARBEITSLOSE	339,976 -4,9%	312,107 -8,2%	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	263,120 -20,7%	266,167 1,2%	262,286 -1,5%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,313 0,013	6,176 -0,138

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	176,086 3,5%	185,127 5,1%	192,838 4,2%	192,328 -0,3%	201,362 4,7%	216,729 7,6%	235,314 8,6%	252,271 7,2%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	146,689 3,2%	153,004 4,3%	155,472 1,6%	156,077 0,4%	167,375 7,2%	180,456 7,8%	190,020 5,3%	195,413 2,8%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	46,587 2,7%	47,144 1,2%	48,859 3,6%	32,638 -33,2%	37,412 14,6%	50,468 34,9%	53,117 5,3%	55,773 5,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	369,362 3,3%	385,274 4,3%	397,170 3,1%	381,042 -4,1%	406,149 6,6%	447,653 10,2%	478,451 6,9%	503,457 5,2%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,463 12754,7%	-3,773 8,9%	-1,137 -69,9%	3,379 -397,1%	1,826 -46,0%	-0,450 -124,6%	-0,450 0,0%	-0,459 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	66,243 3,9%	69,315 4,6%	72,786 5,0%	75,770 4,1%	79,904 5,5%	83,699 4,8%	87,047 4,0%	90,094 3,5%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	299,655 2,0%	312,186 4,2%	323,246 3,5%	308,651 -4,5%	328,071 6,3%	363,504 10,8%	390,954 7,6%	412,904 5,6%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-2,682 -22,2%	-3,765 40,3%	-3,415 -9,3%	-3,476 1,8%	-2,499 -28,1%	-1,924 -23,0%	-2,117 10,0%	-2,180 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	296,973 2,3%	308,421 3,9%	319,831 3,7%	305,174 -4,6%	325,571 6,7%	361,579 11,1%	388,837 7,5%	410,724 5,6%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	346,681 4,2%	362,125 4,5%	375,397 3,7%	399,604 6,4%	422,015 5,6%	434,782 3,0%	456,521 5,0%	478,434 4,8%
DAVON SPAREINLAGEN	147,435 1,2%	152,784 3,6%	153,490 0,5%	160,649 4,7%	185,666 15,6%	184,667 -0,5%	186,513 1,0%	189,684 1,7%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	331,592 1,0%	342,859 3,4%	359,089 4,7%	374,486 4,3%	391,342 4,5%	417,080 6,6%	435,848 4,5%	454,154 4,2%
EURIBOR 3M	-0,33	-0,32	-0,36	-0,43	-0,55	0,35	3,57	3,91
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,07	0,01	-0,04	-0,07	-0,12	0,90	3,22	0,34
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKKRENDITE 10J	0,59	0,68	0,06	-0,22	-0,09	1,72	3,36	3,74
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,21	0,09	-0,62	-0,28	0,14	1,80	1,64	0,38

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
USD/EUR	1,13 1,8%	1,18 4,4%	1,12 -5,1%	1,14 1,8%	1,18 3,5%	1,05 -11,0%	1,08 2,9%	1,08 0,0%
GBP/EUR	0,88 7,3%	0,88 0,0%	0,88 0,0%	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,85 -1,2%	0,89 4,7%	0,89 0,0%
YEN/EUR	126,66 5,3%	130,37 2,9%	122,09 -6,4%	121,81 -0,2%	129,85 6,6%	138,02 6,3%	141,06 2,2%	141,06 0,0%
CHF/EUR	1,11 1,8%	1,15 3,6%	1,11 -3,5%	1,07 -3,6%	1,08 0,9%	1,01 -6,5%	0,99 -2,0%	0,99 0,0%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
STATISTISCHER ÜBERHANG ¹	1,0%	0,9%	1,2%	-0,2%	0,9%	2,5%	0,5%	0,5%
JAHRESVERLAUFSRATE ²	2,2%	2,7%	0,1%	-5,5%	6,4%	3,0%	0,5%	1,3%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE ³	2,3%	2,4%	1,5%	-6,5%	4,6%	5,0%	0,5%	1,4%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)